

# M o r m o r t s

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis 3 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.50 Mark halbjährlich, 7.00 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteit 1896.

**Die Interfons-Gebühr**

Beträgt für die sechsgehaltene Rotogravüre oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengruppe und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (zweiwöchentlich 10 Pf. für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 8. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die verfloessene Wirtschaftskonjunktur.

### II. Das Steigen der Warenpreise.

Von noch tieferer Wirkung auf die sozialen Verhältnisse erweist sich die Warenteuerung. Sie ist eine internationale Erscheinung, wenn auch in den einzelnen Ländern von verschiedener Intensität. Die durchschnittlichen Preise der Jahre 1890 bis 1899 als 100 gesetzt, ergibt sich nach Berechnungen des englischen Statistikers Hooper, daß die Preise der Jahre 1906/1909 und 1910 gestiegen sind: in England von 1906/1909 um 17,4 Proz., 1910 um 21,7 Proz., in Deutschland um 22,5 und 28,2 Proz. und in den Vereinigten Staaten 1906 um 23,4 Proz. und 1910 um 31,6 Proz. In Deutschland sind also die Preise stärker gestiegen als in England, am stärksten aber war die Preissteigerung in den Vereinigten Staaten.

Noch deutlicher tritt die Tendenz der Preisbewegung hervor, wenn wir die Preise für Nahrungsmittel gesondert von denen der Rohstoffe betrachten. Auf der Basis der Preise von 1890—1899 gleich 100 waren die Preise der

	Nahrungsmittel			Rohstoffe		
	Eng. land	Deutsch. land	Verein. Staaten	Eng. land	Deutsch. land	Verein. Staaten
1906/1909	103,6	114,0	120,1	130,9	119,9	130,5
1910	108,0	124,7	133,9	131,9	132,6	138,9

England hat demnach die niedrigsten Lebensmittel- und Rohstoffpreise. In Deutschland hat der neue Zolltarif die Lebensmittelpreise um rund 10 bis 15 Proz. über das Niveau der Weltmarktpreise hinausgehoben. In den Vereinigten Staaten vollzog sich gerade im letzten Jahrzehnt eine völlige Umwälzung in den landwirtschaftlichen Verhältnissen. Die Produktion konnte mit dem wachsenden Bedarf nicht gleichen Schritt halten, weil der Boden an freiem Boden erschöpft ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln war aber durch die hohen Zölle erschwert, so daß es den amerikanischen Grundbesitzern möglich war, die Preise der Nahrungsmittel fast auf das Niveau der Londoner Marktpreise zu bringen, während sie früher bedeutend darunter standen.

Die Preise der Rohstoffe sind 1910 fast überall gestiegen. Die Vereinigten Staaten stehen aber auch hier an der Spitze, zum Teil aus den gleichen Ursachen wie bei den Lebensmittelpreisen, d. h. infolge der Monopolisierung des Grund und Bodens und der verteuerten Transportkosten; zum Teil aber auch aus dem stärkeren Tempo der wirtschaftlichen Konjunktur in Amerika im Jahre 1910.

In den folgenden Jahren 1911/12 sind die Warenpreise noch weiter gestiegen. Nach dem Londoner „Economist“ waren die Preise 1912 noch um 17 1/2 Proz. höher als 1901/1905, und Ende Juni 1913 standen die Preise für Textilien um 24,7 Proz. und für Mineralien gar um 30,5 Proz. höher als 1901/1905.

Daß der Arbeitslohn der Bewegung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren nicht gefolgt ist, ist mehrfach selbst durch offizielle Untersuchungen bestätigt worden. Ein alleseitig anerkannter Forscher, J. S. Hobson, konstatierte in der „Frankfurter Zeitung“ vom 31. Juli 1912, daß „der Strom der industriellen Entwicklung während des letzten Jahrzehnts das Kapital mehr begünstigt hat als die Arbeit. Während die Löhne sinken, sind Verzinsung und Profit gestiegen“.

Ebenso ungünstig war im ganzen auch die letzte Hochkonjunktur für den Mittelstand, speziell für die nicht kartellierten Unternehmer, einige Zweige der Maschinenindustrie etwa ausgenommen. Man muß nämlich im Auge behalten, daß normalerweise der Preis der Waren dem der Rohstoffe (wenn die Preise der Rohstoffe im raschen Steigen begriffen sind) nicht sofort folgen kann, weil ein rasches Hinaufschrauben der Warenpreise einen Konsumrückgang zur Folge haben muß. Auch steigt in der Regel der Warenpreis nicht so hoch, daß der Verdienst des Unternehmers sich im gleichen Verhältnis zu den gestiegenen Auslagen erhöht — mit anderen Worten, die Profitrate dieselbe bleibt. Nur die kartellierte Industrie vermag die Warenpreise noch darüber hinaus zu erhöhen, indem sie entweder die Produktion einschränkt oder den Export fördert. So lagen jahraus jahrein die Papierfabrikanten über ungenügenden Verdienst (der Reinertag stellt sich hier durchschnittlich bloß auf 5,1 Proz. des Kapitals), weil die Holzpreise stark gestiegen sind, während die Zellstoffhersteller, die kartelliert sind, die Erhöhung der Rohstoffpreise durch Erhöhung der Preise ihrer Waren abwählen konnten. Ähnliche Beispiele lassen sich aus anderen Branchen anführen. Es mag hier nur noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn die Wertsteigerer sich über eine niedrige Rente beklagen, sie dafür die Schuldfrage und nicht die Arbeiter schuldig machen müssen. Die Arbeitsproduktivität ist viel rascher gestiegen, als der Lohn; dagegen verzehren die hohen Rohstoffpreise tatsächlich einen großen Teil ihres Gewinnes. Die vermögenden Reeder haben dagegen in der jetzigen Hochkonjunktur glänzende Geschäfte gemacht, indem sie die Frachtpreise zum Teil auf das Doppelte bis Dreifache hinaufsetzten.

Die nichtkartellierten Unternehmer, vor allem die kleineren, konnten also die Hochkonjunktur nur im beschränkten Maße ausnutzen; während auch ihre Lebenshaltung meist kostspieliger geworden ist. Daher die auf den ersten Blick ganz unerklärliche Erscheinung, daß die Zahl der Konkurse in den Jahren der Hochkonjunktur nicht nur nicht heruntergegangen, sondern vielmehr gestiegen ist. So wurden in Deutschland Konkursfälle angemeldet (nach der Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“):

Jahr	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Fälle	7024	7681	7756	8126	9381	8619	8300	8792	9218

Die Zahl der angemeldeten Konkurse im Hochkonjunkturjahr 1912 erreichte demnach fast die des Krisenjahres 1908. Im ersten Halbjahre 1913 wurde in weiteren 5279 Fällen Konkurs eröffnet, gegen 5009 Konkursfälle der entsprechenden Zeit im Jahre 1908. Während der jetzigen Wirtschaftsperiode von 1910 bis 1912 ist nicht weniger als 26 260 Unternehmungen der letzte Lebenshauch ausgegangen. In der vorhergehenden Wirtschaftsperiode 1904/1906 waren es dagegen nur 23 360, also um 2900 weniger.

Noch zahlreicher sind die Fälle der notwendig gewordenen „Sanierungen“, der Zusammenlegung der Aktienkapitalien, der geforderten Zinsen usw. Kurz die letzte Konjunkturperiode hat dem kleineren „Mittelstand“ kaum sonderlichen Segen gebracht.

Wie der Kartell extra profit, so ist auch der Anteil der Banken am Profit in den letzten Jahren gestiegen, wie es bei dem hohen Stand des Zinsfußes nicht anders zu erwarten war. Nach den Zusammenstellungen des „Deutschen Economist“ betrug die Dividende der Banken im Durchschnitt 1891—1895 6,35 Prozent, 1896—1900 7,69, 1901—1905 6,69, 1906—1909 7,63 und 1911 7, 84 Prozent. Das Jahr 1912 drüfte wohl noch eine höhere Rente gebracht haben.

Unter den Banken sind es wiederum die Großbanken, und zwar in der Hauptsache die drei Großen unter den Großbanken (nämlich die Deutsche Bank, die Diskontobank und die Handelsbank), die den größten Vorteil aus der Hochkonjunktur der letzten Jahre gezogen haben. Die Dividende der Berliner Banken stellte sich 1906—1910 auf 8,4 Prozent, 1911 auf 8,7 Prozent und 1912 auf 8,44 Prozent. Eine höhere als die Durchschnittsdividende hatte bloß die Deutsche Bank (1906—1910 12,2 Prozent, 1911 und 1912 12,5 Prozent), die Berliner Handelsbank (9—9,5 Prozent), die Diskontobank (9,3—10 Prozent). Die Dresdener Bank schüttete 1906—1910 8,0, 1911 und 1912 8,5 Prozent aus. Die übrigen Banken haben eine bedeutend geringere Rente. Nur den Riesenunternehmungen lachte die Sonne der von Krieges erfüllten Hochkonjunktur. Die Großbanken und die ganz großen Montanunternehmungen allein können auf die verfloessene Hochkonjunktur mit vollster Zufriedenheit zurückschauen. Insbesondere die Deutsche Bank, diese Bahnherrin des deutschen Imperialismus, hat alle Ursache, mit dem in den letzten Jahren erzielten Resultat zufrieden zu sein. In den ersten fünf Jahren ihres Bestehens hat sie auf ein noch relativ geringes Kapital von 15 bis 30 Millionen kaum 5,5 Proz. Dividenden zahlen können. 1891—1895 betrug ihre Dividende bei einem Kapital von 75 Millionen 8,8 Proz.; heute verteilt sie auf 200 Millionen 12,50 Prozent Dividende, also mehr als doppelt so viel wie am Beginn ihrer Tätigkeit, während bei den übrigen Großbanken, mit Ausnahme der Dresdner Bank und der Handelsbank, seit 1871—1875 eine Verminderung der Kapitalrente eingetreten ist: der Imperialismus scheint danach ein gutes Geschäft für die Deutsche Bank geworden zu sein.

Eine analoge Erscheinung tritt bei der Grundrente hervor. Auch hier waren die letzten Jahre gerade für den Grundbesitz besonders günstig. Für Preußen hat Kotzegele festgestellt, daß der Bodenpreis der großen Güter stärker als der der kleinen gestiegen ist, zum Teil um das Dreifache. In Amerika läßt sich dieselbe Erscheinung konstatieren. Von 1900 bis 1910 sind die Bodenpreise der Güter bis 20 Acres um 69 Prozent, der größeren Güter noch höher, die Preise der Latifundien mit über 1000 Acres gar um 168 Prozent gestiegen. Aus der preussischen Vermögenssteuerstatistik wissen wir ferner, daß das Millionenvermögen auf dem Lande in den Jahren 1904—1906 bis 1911—1913 um 7,4 Prozent gegen 3,5 Prozent in den niedrigeren Vermögensgruppen, also doppelt so rasch wie diese letzteren gestiegen ist. Es kann demnach als feststehend betrachtet werden, daß das Gesamtergebnat der verfloessenen Sturm- und Drangperiode ein außerordentliches Anschwellen der Grund- und Kartellrente ist, an der auch die wenigen Riesenbanken Teil genommen haben. Und diese Rente bedeutet eine Schmälerung des realen Arbeitslohnes, zum Teil aber auch des Profits des sogenannten „kleinen Mannes“ und zwar wird dies erreicht nicht durch unmittelbare Herabdrückung des Lohnes oder des Profits, sondern durch Erhöhung der Lebensmittel- und Rohstoffpreise. Die wirtschaftliche Entwicklung hat somit eine Stufe erreicht, auf welcher der weitans größte Teil des Unternehmerrprofits von verhältnismäßig wenigen kartellierten Großkapitalisten und Latifundienbesitzern expropriert wird. Den anderen Unternehmern bleibt kaum viel mehr als eine „normale“ Verzinsung ihres Kapitals übrig, wobei sie jeden Augenblick noch Gefahr laufen, in ungünstigen Zeiten zerdrückt zu werden.

## Der Bukarester Friede.

Noch sind die diplomatischen Formalitäten nicht erfüllt, die dem Bukarester Friedensvertrage erst die Rechtskraft verleihen. Immerhin ist der zweite Balkankrieg zu seinem Abschluß gekommen. Aber es ist kein befreiendes Aufatmen, das das Wort Frieden unter den Völkern auslöst. Denn trotz des Bukarester Friedensdokumentes liegen die Gefahren und Konfliktsmöglichkeiten der neuen Balkan Konstellation so offen zutage, als daß man hoffen könnte, aus jener Wetterede Europas werde auf lange Zeit hinaus kein unheilswangeres Gewitter mehr aufsteigen. Nur die völlige wirtschaftliche Erschöpfung der Balkanstaaten gibt für einige Zeit die Gewähr, daß das Norden und die Orenel einen vorläufigen Abschluß gefunden haben.

Ein Moment der Unsicherheit bleibt schon durch die Tatsache erhalten, daß die Großmächte auf die eine oder andere Weise den Bukarester Friedensvertrag revidieren werden. Wenn man auch keine großen Änderungen mehr vornehmen wird, so wird Bulgarien doch alle Hebel in Bewegung setzen, noch einige Vorteile für sich herauszuschlagen. Die imperialistische Eiferucht der Großmächte kann bei einer solchen „Revision“ zu ernstlichen Konflikten führen. Die neuen Rüstungen Österreich-Ungarns sind ja ein Beweis dafür, daß die konfuse schwarz-gelbe Politik die Balkanhändel nicht meiden will.

Eine ständige Gefahr liegt ferner darin, daß in den mazedonischen Landstrichen, die jetzt durch neue Grenzen zerschnitten werden, Angehörige der verschiedenen Nationalitäten nebeneinander wohnen. Gerade durch den zweiten Balkankrieg ist der nationale Haß zum Uebermaß gesteigert worden, so daß an ein friedliches Nebeneinanderwohnen auf Jahre hinaus kaum zu denken ist. Der nationalistischen Propaganda der in dieser Hinsicht schon früher sehr strapaziösen Bulgaren in den jetzt serbisch oder griechisch gewordenen Distrikten Mazedoniens ist dadurch Tür und Tor geöffnet, das Gespenst eines neuen Bruderkrieges schwebt nach wie vor über den Balkanvölkern. Die einzige Rettung vor diesen Gefahren liegt in der Aussicht, daß die durch den Krieg ausgefaugten und verelendeten Volksmassen der sozialistischen Propaganda ein fruchtversprechendes Ackerfeld liefern. Die Tätigkeit unserer Genossen in den Balkanländern kann den wilden nationalen Haß mildern, sie kann auch den dynastischen und militaristischen Bestrebungen der Balkanbourgeoisie entgegenarbeiten.

Ein Streitojekt, über das das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist, bilden auch die ägäischen Inseln, über deren Zugehörigkeit noch immer keine volle Klarheit besteht. Die Großmächte werden hier auf keinen Fall dulden wollen, daß das griechische Händlervolk auf allen Inseln zur wirtschaftlichen und politischen Vormacht wird.

Es ist also nur ein ziemlich wurmstichiger Frieden, der in Bukarest geschlossen wurde. Das Wirtschaftsleben Europas, das während der beiden Kriege schon schwer zu leiden hatte, wird angesichts der trotz des Bukarester Friedensprotokolls weiter bestehenden Unsicherheit der politischen Situation keinen Konjunkturaufschwung erwarten können. Der Arbeiterklasse werden hierdurch die Folgeerscheinungen der allgemeinen imperialistischen Politik sehr fühlbar gemacht.

### Die Einzelheiten des Friedensvertrages.

Bukarest, 7. August. (Meldung der Agence Roumaine.) Die Friedenskonferenz trat heute früh unter dem Vorsitz Majorescus zusammen. Ministerpräsident Benizelos erklärte, daß sich Bulgarien und Griechenland vollkommen über die Grenzfrage einig hätten. Toulshew gab eine gleiche Erklärung ab. Majorescu sagte, daß die Konferenz einen zeitlich unbeschränkten Waffenstillstand beschließen sollte, nachdem man sich grundsätzlich über den Frieden geeinigt habe. Der Vorschlag wurde angenommen und die Führer der Missionen übernahmen es, diese Aufgabe den Armeen zur Kenntnis zu bringen. Der Präsident erklärte, daß man keine Friedenspräliminarien, sondern einen endgültigen Frieden unterzeichnen müßte. Er schlug vor, jedes Land möchte Delegierte bezeichnen, die das Protokoll zu ratifizieren und den Friedensvertrag vorzubereiten hätten. Es wurden dazu bestimmt: Rabeff, Spalawitsch, Politis, Matanowitsch, Pissoski und Bilitti.

Die Konferenz beschloß in der Nachmittags Sitzung um 5 Uhr, alle Fragen über die gegenseitige Behandlung der Schulen, Kirchen und die durch den Krieg, aber nicht direkt durch die Waffengewalt erwachsenen Schäden zu erörtern. Auf den Vorschlag von Benizelos wurde General Ceanda zum militärischen Sachverständigen für alle Fragen ernannt, die sich bei der Redigierung des Friedensvertrages erheben könnten. Man hofft, daß der Vertrag am Sonntag unterzeichnet werden wird.

### Demobilisierung Rumäniens.

Bukarest, 7. August. Mit dem heutigen Tage ist die Demobilisierung der rumänischen Armee angeordnet worden. Die Entlassung der in der Landwirtschaft beschäftigten Soldaten soll mit Rücksicht auf die Erntearbeiten schnellstens erfolgen. Die Krankheitsverdächtigen

Truppenteile werden an der Donau einer Quarantäne unterworfen.

Die Haltung der Mächte.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet offiziös aus Berlin:

Es ist verfrüht, schon heute angeben zu wollen, wie sich die Großmächte zu den einzelnen Punkten der Bulareser Beschlüsse stellen werden.

In der Frage von Adrianopel wird voraussichtlich heute eine gleichlautende Mitteilung der Botschafter an die Pforte erfolgen, worin die Pforte auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, als Grundlage für weitere Verhandlungen über die Abgrenzung ihres europäischen Gebietes die bereits angenommene vertragsmäßige Grenze Enos-Midia anzusehen.

Eine diplomatische Aktion bei der Pforte.

Konstantinopel, 7. August. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Botschafter der sechs Mächte besuchten heute mittag den Großwesir einzeln und überreichten eine Verbalsnote bezüglich der Frage von Adrianopel, in der

die Türkei aufgefordert wird, den Vertrag von London zu re-spektieren.

Keine Teppiche für König Ferdinand.

Berlin, 7. August. Die hiesige königlich bulgarische Gesandtschaft dementiert die Meldung der Agence d'Athènes aus Saloniki, daß auf Aufforderung des Königs der Bulgaren die in den Moscheen in Konstantinopel befindlichen wertvollen Teppiche nach Sofia gebracht werden sollten.

Die Opfer der Balkankriege.

Der Kriegsberichterstatler eines italienischen Blattes schätzt die Verluste der Balkanstaaten im ersten Balkankriege wie folgt:

- Bulgarien: 350 000 Mann mobilisiert, 80 000 Tote, 1200 Millionen Mark Kosten.
Serbien: 250 000 Mann mobilisiert, 30 000 Tote, 620 Millionen Mark Kosten.
Griechenland: 150 000 Mann mobilisiert, 10 000 Tote, 280 Millionen Mark Kosten.
Montenegro: 30 000 Mann mobilisiert, 8 000 Tote, 16 Millionen Mark Kosten.
Türkei: 450 000 Mann mobilisiert, 100 000 Tote, 1600 Millionen Mark Kosten.

Für den zweiten Feldzug sind nach derselben Quelle die Ziffern schätzungsweise folgende:

- Bulgarien: 60 000 Tote, 720 Millionen Mark Kosten.
Serbien: 40 000 Tote, 400 Millionen Mark Kosten.

Wenn man hierzu die Ermordeten, die Opfer der Cholera und anderer Epidemien hinzunimmt, so dürften die Menschenverluste mindestens 400 000 betragen, während die finanziellen Kosten insgesamt auf 5200 Millionen Mark zu schätzen seien.

gewissen Freude begrüße. Den zweiten Fall möchten wir, solange man uns nicht eines Besseren belehrt, für den wahrscheinlicheren halten. Es zeigte sich dann sehr hübsch, daß die Angst vor der eigenen Courage bei den Liberalen einen solchen Grad erreichen kann, daß sie selbst vor der nichterträglichsten Verleumdung nicht zurückzureden läßt.

Das Seebeuterecht.

London, 5. August. (Fig. Ber.) Carl Loreburn, der frühere liberale Großkanzler von England, hat vor kurzem ein Buch veröffentlicht („Capture at Sea“), in dem er seine Landsleute von der Notwendigkeit der Abschaffung des Seebeuterechts und der Regelung des Seekriegsrechts zu überzeugen sucht.

Der hervorragende englische Jurist behandelt die Materie in klarer und leidenschaftsloser Weise. Er lüdt seinen Landsleuten zu beweisen, daß die Interessen Englands keineswegs die Aufrechterhaltung des Seebeuterechts erheischen.

Der Verfasser ist sich wohl bewußt, daß es mit der Abschaffung des Seebeuterechts allein nicht getan ist. Mit dieser Frage sind die innig damit verbundenen Fragen der Blockade, der Kontorhande und der Streuung von Seeminen zu regeln.

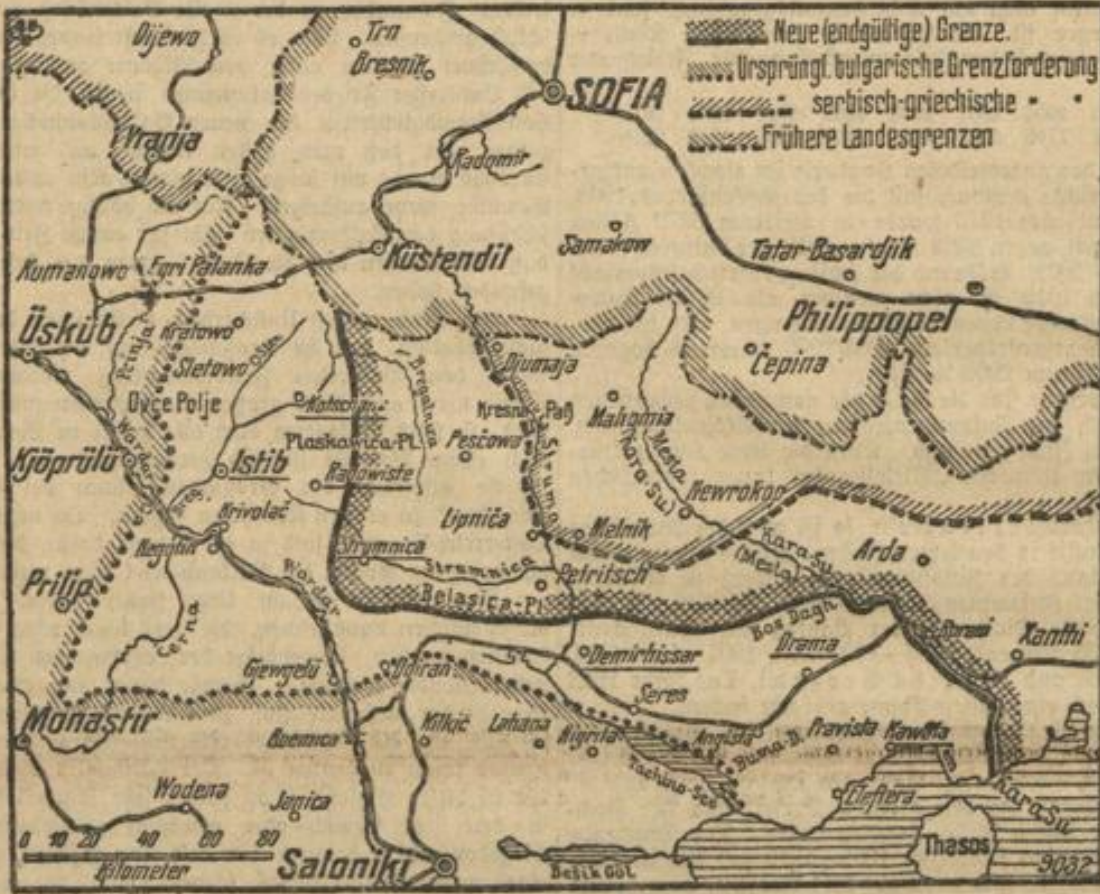
Ein Vossius in dem Buche verdient besondere Beachtung: „Wenn nicht ein Uebereinkommen erzielt wird, sehe ich ein weiteres Wachsen der Last der Seerüstungen hier wie im Russlande voraus.“

Carl Loreburn führt manch schlagendes Argument für die Abschaffung des Seebeuterechts, der Blockade, der Seeminen und der chaotischen Bestimmungen über Kontorhande an.

Politische Uebersicht.

Mehr Dreadnoughts!

Das Betrüben nimmt seinen Fortgang. Nachdem das Landheer vermehrt worden ist, kommt jetzt die „Ausbefferung“ der Kriegsflotte an die Reihe — zunächst noch mit einer gewissen relativen Bescheidenheit.



Die im Friedensprotokolle festgesetzte Grenze zwischen Bulgarien und Griechenland beginnt am westlichen Ende des Belaschitzgebirges zwischen Strumitza und Doiran, verläuft den Kamn dieses Gebirges entlang nach Züriklizeri und bis zum Dorfe Topolnitsa, geht über den Strumitzafluß nach Gotscha-Tschiflik, Tschengane, Kalesi zur Spitze 1800 und zum Dorfe Kobiltscha, von dort südwärts zu den Gruppen 600 und 1150, weiter zum Dorfe Veritsa, nordöstlich zum Gipfel Karakowa, von dort südlich bis Tschadir-Baja, nordlich nach Arlitabat, südlich zum

Gipfel Kajindschal, zu den Gruppen 1587 und 685 nach Sarowo und den Gruppen 1177 und 1845, dann südlich zum Gipfel Tschigla, weiter über das Rusjenplateau zur Eisenbahnstation Otschilar und an der Meise entlang bis zum Meer. Die serbisch-bulgarische Grenze beginnt an der Westseite des Belaschitzgebirges, geht im Bogen zwischen Strumitza und Radobitscha, auf der Wasserscheide zwischen Struma und Wardar bis zur heutigen Südgrenze Bulgariens.

Dummheit und Feigheit.

Vor etwa einem Monat haben wir in einem Artikel an leitender Stelle des Warburger Staatsrechtslehrers Schüdning Schrift „Neue Ziele der staatlichen Entwicklung“ einer eingehenden Würdigung unterzogen.

Sein Auftreten ist für ihn ehrenvoll und verdient unser Lob, aber wir können ihn leider nicht als den Verkünder einer neuen Zeit begrüßen, sondern nur als einen, dessen Versuch, der Universitätswissenschaft neue Wege zu weisen, nur dazu beiträgt, ihr Glanz im kapitalistischen Staate zu beleuchten.

Jeder, der unbefangenen das Schüdning'sche Buch liest, wird uns zugeben müssen, daß unsere Kritik in der wohlwollendsten Weise alle seine Lichtseiten hervorgehört hat.

Um so mehr muß man aber die Widerkritik erstaunt sein, mit der sich jetzt das „Berliner Tageblatt“ der Schüdning'schen Abhandlung annimmt.

In einem von Hohn durchdrungenen, teilweise aber auch künstlich verguaderten, Artikel hat er die Abhandlung Schüdning's nach zwei Seiten ausgebeutet.

kratischen Phrasenschwäbe; sondern, was weit interessanter ist, während er selbst in der Studie des „Bourgeois“ und „Ideologen“ Schüdning wegen dessen Ueberhandnis für den Marxismus nur einen Beweis sieht für „das Elend der Universitätswissenschaft im kapitalistischen Staate“.

Wenn hier nicht wieder wie bei dem Bericht über das Leipziger Turnfest ein sogenanntes redaktionelles Versehen vorliegt, dann bleibt nur noch die Frage, ob das „Berliner Tageblatt“ nicht in der Lage ist, den Sinn von deutsch geschriebenen Sätzen zu begreifen oder ob es bewußt falsch, um sich entristen zu können.

Wir sehen von der grotesken Unwahrheit ab, die uns die Schrift des Warburger Professors mit einer Fülle höhnischer Schlagworte übergehen läßt, aber wir können nicht vorübergehen an der Behauptung, daß wir Schüdning's Unverständnis für den Marxismus als einen Beweis für das Elend der Universitätswissenschaft hingestellt hätten.

Für die Andeutung jedoch, wir hätten den Verfasser der Schrift bei den Reaktionen denunziert, weil uns eine erfolgreiche Hege gegen ihn nicht unangenehm sei, ist Dummheit keine ausreichende Entschuldigung mehr.

Schwer zu begreifen ist es unter allen Umständen, was die ganze Attacke bedeuten soll. Nur zweierlei kann man vermuten. Entweder sind die politischen Freunde des Herrn Schüdning nicht genug gewesen, zu glauben, das Buch ihres Heiden werde auch von der Sozialdemokratie als eine neue Offenbarung begrüßt werden, oder aber die ganze Aktion hat nur den Zweck, bei gewissen Stellen den Eindruck nicht auskommen zu lassen, als ob auch die Sozialdemokratie das Erscheinen der Schrift mit einer

Die „Tägl. Rundschau“ weiß bereits über den Etat der Marineverwaltung für das Jahr 1914, der soeben dem Reichstag zugewandt ist, zu melden:

Es werden programmgemäß zwei Großkampfschiffe gefordert. Die von vielen Seiten aufgestellte Forderung, sofort zum Dreischiffbautempo überzugehen, hat also keine Verwirklichung gefunden. Allerdings läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht vorausbestimmen, welche Entschlüsse in einem späteren Zeitpunkt sich als notwendig herausstellen werden. England baut drei Schiffe mehr, die ursprünglich Kanada bauen sollte, nun selbst, und damit ist zweifellos eine erhebliche Nachverschiebung zu unseren Ungunsten in der Nordsee bevorstehend. Welche Maßnahmen deutscherseits die außerordentlich große englische Mehrrüstung im Gefolge haben wird, steht vollauf noch dahin.

### Der zweite Krupp-Prozess.

Wie die „Braunschw. Landeszeitung“ erfährt, wird der zweite Krupp-Prozess in der ersten Septembertwoche vor der Strafkammer in Moabit stattfinden. Die Zeugenvorladungen sind bereits ergangen. Es sind 23 Zeugen und 5 Sachverständige geladen. Die Anklage richtete sich gegen sämtliche Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp und gegen deren früheren Berliner Vertreter Brandt. Für die Verhandlung sind vier Tage vorgezogen. — Diese Nachricht bedarf noch der Bestätigung, denn aus Bemerkungen, die der Anklagebetreuer des Kriegsgerichts machte, mußte man schließen, daß das Hauptverfahren gegen Brandt und die Krupp-Direktoren noch nicht eröffnet ist.

### Nationalliberale Wirtschaftspolitik.

Aus den Kreisen der nationalliberalen Reichstagsfraktion wird der „Nationalliberalen Korrespondenz“ geschrieben:

Der Ablauf der bestehenden Handelsverträge wirkt seine Schatten voraus. Die erste Frage, welche sich aufwirft, ist die, ob ein neuer Zolltarif seitens der verbündeten Regierungen vorgelegt werden wird. Diese Frage ist zu verneinen. Nach allem, was bisher seitens der Regierung verlautet ist, wird man sich darauf beschränken, eine Novelle zum bestehenden Zolltarif vorzulegen, welche einzelne Abänderungen, die sich als notwendig erweisen haben, vorschlägt, aber an den bewährten Grundlagern unseres Wirtschaftssystems nicht rüttelt und sich tunlichste Beschränkung auferlegt. Die Kämpfe um den letzten Zolltarif, die in den Dezembernächten des Jahres 1902 ausklangen, stehen noch in frischer Erinnerung. Ein Bedürfnis, dieselben zu erneuern, liegt im so weniger vor, als mit den Ergebnissen dieser in der Aera Bülow inaugurierten und befestigten Wirtschaftspolitik Landwirtschaft und Industrie wohl zufrieden sein konnten und auch waren. Es ist damals vor allem auch gelungen, der Landwirtschaft bessere Produktionsbedingungen zu schaffen. Für diese Wirtschaftspolitik tritt die nationalliberale Partei geschlossen ein. Darüber kann nach den einstimmigen Entschlüssen ihrer Parteitagung und ihres Zentralvorstandes und nach den wiederholten Erklärungen, welche von dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Baisermann, und von anderen im Reichstag und Landtag abgegeben worden sind, nicht der geringste Zweifel obwalten.

Dieses Bekenntnis zur Wucherzollpolitik kann nicht übersehen werden, auch nicht der Wunsch, den Reichstag keine Neuauflage der Zolltarifkämpfe erleben zu lassen. Im Zolltarifkämpfe kommt man aber trotzdem nicht herum, denn wenn auch nur eine Novelle zum Zolltarifgesetz eingebracht wird, dann hindert das keine Partei, Ansprüche einzubringen, die eine Erweiterung und Ergänzung dieser Novelle bezwecken. Einer gründlichen Stämpfung werden die Zollwucherer also nicht entgehen.

### Der Fluch des Kapitalismus.

Auf dem Gebiete der Krebsbehandlung ist in letzter Zeit ein neues Heilmittel entdeckt worden: das Mesothorium. Dieses chemische Produkt, das früher im Abfall der Glühbirnenfabrikation als wertlos fortgeworfen wurde, sendet bei gleichen Strahlen aus wie Radium. Eine ganze Anzahl von Ärzten, die mit dem Mittel experimentiert haben, sagen ihm eine beispiellose Heilwirkung nach. Der Vorstand der Abteilung für Frauenkrankheiten an der Hgl. Poliklinik in München sagt über das Mesothorium: „Mit einer Dosis von 100 bis 300 Milligramm, noch besser natürlich mit einer noch größeren Menge, konnten diese Autoren Unterleibsleiden bei Frauen zum Zerfall und zur Aufsaugung bringen. Es bildete sich neues gesundes Gewebe, die Frauen blühten auf, und von der Erkrankung ist in manchen Fällen nichts mehr nachzuweisen.“

Um dieses Mittel für die Krankenhäuser Münchens beschaffen zu können, bewilligte der Magistrat der Stadt München 300 000 M. Bei dieser Gelegenheit erklärte die Öffentlichkeit, daß das Heilmittel zuerst nur durch die Auerische Gasglühlicht-Gesellschaft in Berlin hergestellt werden kann, und daß der Preis für das aus wertlosen Abfall gewonnene Produkt von 88 M. am Anfang dieses Jahres jetzt auf die Höhe von 200 M. nach anderen Meldungen auf 400 M. für das Milligramm gestiegen ist!

Dieser Markt offenbar eine Bude im Geseh. Einige Aktionäre haben es — sofern das Mittel so erfolgreich ist — völlig in der Hand, zu bestimmen, ob Tausende von Menschen zugrunde gehen müssen oder nicht. Wie viele Krebskranken können das teure Mittel bezahlen? Und wer will der Gesellschaft verwehren, den jetzt schon unerreichbaren Preis auf das Doppelte zu erhöhen? Der Kapitalismus zeigt sich hier wieder von seiner gefährlichsten Seite. Gesehspargrophien nähren hiergegen selbstverständlich nur wenig; nur die Beseitigung des Kapitalismus kann helfen.

### Mauernbrecher als Schuldirektor.

In bürgerlichen Wäutern lesen wir:

Dr. Max Mauernbrecher, der mit seiner Gattin Hulda kürzlich der Sozialdemokratie den Rücken gelehrt hat, scheint rasch ein neues Ziel seiner Wirksamkeit gefunden zu haben. Ein westdeutsches Blatt bringt ein großes Inserat, in dem Kapitalisten für eine Schulgründung unter der Leitung des Ehepaars Mauernbrecher gesucht werden. Die geplante Reformschule, natürlich mit „Aobulation“, soll als Landerschulheim auf der Marienhöhe bei Darmstadt errichtet werden, wo bekanntlich durch die Freigebigkeit des Großherzogs von Hessen es bereits Elisabeth Duncan ermöglicht worden ist, eine Reform-Erziehungsanstalt zu unterhalten.

Die Anstalt soll, so heißt es in dem Aufruf, neben der selbstverständlichen Förderung der kindlichen Gesundheit und des Sinnes für Schönheit in erster Linie dazu berufen sein, eine gründliche Reform des Lehrbetriebes selbst zu erproben. Sowohl in der Methode der Darbietung als auch namentlich in der Auswahl der Stoffe will die Anstalt sich nicht an das Herkömmliche binden. Sie will versuchen, den Kindern nur diejenigen Stoffe zu bieten, die in der gegenwärtigen Kultur wirklich lebendig und wirksam sind. Und sie will diese Stoffe in einer Konzentrierung und Reihenfolge

geben, die einzig durch die Rücksicht auf die Entwicklungsgehalte des kindlichen Bewußtseins bestimmt sind.“

### Zwei Urteile der Militärjustiz.

Eine draconische Strafe wegen einiger unüberlegter Handlungen verhängte das Dresdener Kriegsgericht gegen den Ular Heidemann vom Ulanen-Regiment Nr. 17 in Oshab, der sich wegen Achtungsverletzung, Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam und ausdrücklicher Gehoramsverweigerung vor versammelter Mannschaft verantworten mußte. Bis zum Diensttritt völlig unbestraft, erhielt er beim Militär wegen einiger Rappollen Disziplinarstrafen. Deshalb wird er als ein „Element“ bezeichnet, das sich der militärischen Zucht und Ordnung nicht unterordnen kann; dabei ist in dienstlicher Beziehung nichts an ihm auszuweisen. Am 20. Juni hörte der Angeklagte, wie der diensttuende Unteroffizier im Stalle den Mannschaften Befehl, sie sollten im Stalle bleiben. Diese Maßnahme hielt er für ungerecht und erklärte: „Es ist nicht nötig, daß die ganze Wache im Stalle bleibt, das will der Wachtmeister gar nicht haben, es genügt auch, wenn einer im Stalle bleibt!“ Bei dieser Äußerung soll er ein freches und dreistes Gesicht gemacht und mit den Händen herumgefuchelt haben. Auf Vorhalt des Unteroffiziers sagte Heidemann, esginge ihm gar nichts an, aber es wird immer mehr gemacht, als sein soll. Unmittelbar danach erhielt der Angeklagte vom Sergeanten Riechke den Befehl, Fenster zu waschen. Nach Ansicht des Vorgesetzten soll er darauf gemurrt und schließlich gesagt haben: „Ich wasche keine Fenster!“ Er wurde zum Schweigen ermahnt, aber er soll immer wieder gemurmelt haben. Da er im Stalle mit einem Kameraden gesprochen hatte und gar nicht wußte, was der Vorgesetzte von ihm wollte, fragte er auf Vorhalt: „Was will denn der Herr Sergeant von mir, ich habe doch nichts getan!“ Auch dabei soll er eine „unmilitärische Stellung“ eingenommen und in „achtungsbekundender Weise“ mit den Händen herumgefuchelt haben. Als ihm dann der Vorgesetzte drohte, ihn nach dahin zu bringen, wohin er gehöre, erwiderte Heidemann: „Bitte derartige Äußerungen zu unterlassen, ich bin doch kein dummes Tier!“

Vor Gericht gab Heidemann alles zu, bestritt aber, gesagt zu haben, „ich wüßte keine Fenster“. Es habe ihm ferngelegen, sich aufzuklären oder gegen die Disziplin zu verstoßen. Im übrigen machte der Angeklagte geltend, daß der Sergeant Riechke ihn mehrfach Verbrecher, Verbrechergesicht, Kojunge genannt und es nur auf ihn abgesehen habe. Auch habe Riechke andere Unteroffiziere auf, recht scharf gegen die Soldaten vorzugehen. Wie zur Sprache kam, schwebt bereits eine Untersuchung gegen den Sergeanten und die Erhebung der Angelegenheit bleibt einem besonderen Verfahren vorbehalten. Das Gericht hielt den Angeklagten in allen Punkten der Anklage gemäß für überführt und erkannte auf — 4 Monate 2 Wochen Gefängnis und sofortiger Inhaftnahme! Es führte aus, daß aus dem Verhalten und der Verteidigung des Angeklagten ein grenzenloser Mangel an Disziplin spreche, dem das Gericht mit einer empfindlichen Strafe entgegenzutreten zu müssen glaubte!

Ein anderes Bild. Wegen einer rauen Handlungsweise gegen einen wehrlosen Untergebenen verhängte das Dresdener Oberkriegsgericht gegen den Sergeanten Dill von der 2. Esk. des Ulanen-Regiments Nr. 17, der wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen angeklagt war, 14 Tage mittleren Arrest. Am 7. Mai stand der Angeklagte am Treppenaufgang der Kaserne und sah, daß der dienstfreie Ulan Behner sehr langsam die Treppe heraufkam. Er schickte den Soldaten zurück und als dieser nicht schneller lief, erhielt er vom Angeklagten einen kräftigen Schlag mit der Faust ins Gesicht, daß er zurücktaumelte. Dann wurde der Soldat in die Unteroffizierskammer bestellt, wo er noch zwei Schläge hinter die Ohren und einen Fußtritt erhielt. Das Kriegsgericht nahm einen minderschweren Fall an, berücksichtigte die geringen Folgen der Mißhandlung und die „Erregung“, in der sich der Angeklagte befunden haben soll und warf ganze — 14 Tage mittleren Arrest aus! Auf die eingelegte Berufung änderte das Oberkriegsgericht das erstinstanzliche Urteil nur in rechtlicher Beziehung ab, erachtete aber die Strafe selbst als der Straftat durchaus angemessen!

### Marinejustiz.

Was alles imstande ist, einen Matrosen auf die Anklagebank und vor das Kriegsgericht zu bringen, ergab eine Verhandlung des Kriegsgerichts der II. Marineinspektion in Wilhelmshaven am Mittwoch. Am 18. Juni 1913 sollte dem Matrosen Meinerz große Feststellung seiner Krankheit im Lazarett eine Probe Blut abgezapft werden. Er war nun der Meinung und zwar aus Furcht vor Schmerzen, daß zu der seiner Ansicht nach einer Operation gleichkommenden Maßnahme seine Zustimmung notwendig sei, die er verweigern könne. Er tat das auch. Statt den Mann nun davon zu überzeugen, daß seine Befürchtungen vor der Gefährlichkeit des Blutabzapfens und den Schmerzen dabei unbegründet sei, erhielt er einfach den Befehl, sich der Maßnahme zu unterziehen. Der Befehl vermachte den Matrosen jedoch trotz der Schneidigkeit, in der er gegeben wurde, von seinen Befürchtungen nicht zu befreien und er verweigerte daher weiter das Abzapfen von Blut. Das Ende der Sache war ein kriegsgerichtliches Verfahren. Weil R. keinen Eingriff an seinem Körper vornehmen lassen wollte, konstruierte man das Vorliegen einer Gehoramsverweigerung, einer Achtungsverletzung und Beharrens im Ungehorsam vor versammelter Mannschaft und schickte den Mann auf zwei Monate ins Gefängnis.

### Frankreich.

#### Annahme des Dreijahresgesetzes durch den Senat.

Paris, 7. August. Der Senat hat das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit mit 24 gegen 37 Stimmen angenommen.

### Holland.

#### Die Ministerkrise.

Amsterdam, 6. August. (Eig. Ber.) Die am 5. August abgehaltene Parteikonferenz war nicht einstimmig in der Frage, ob, da die Liberalen sich geweiht haben, ein eigenes Kabinett zu bilden, die Zwangslage da ist, in der die Resolution des Sozialisten in ein liberales Kabinett zur Sicherstellung des Wahlrechts erlaubt. Es werden also dem Parteitag am Sonnabend zwei Resolutionen unterbreitet werden, eine von der Mehrheit, mit Troelstra und Wiegen an der Spitze, und eine von der Minorität, u. a. von Wibant und Van der Goe unterzeichnet.

#### Ein Mandat verloren.

Bei der Wahl im Kreise Hoogezand, die durch die dreifache Wahl des Genossen Spiekman notwendig wurde, ist unserer Partei das Mandat verloren gegangen. Der Liberale eroberte den Kreis mit 2569 Stimmen, während unser Genosse Dr. Van der Weerden 2146 Stimmen erhielt. An der Wahl im Juni gemessen, verloren wir 400 Stimmen, während der Liberale einen Zuwachs von 250 Stimmen erhielt.

### Rußland.

#### Die Landtagswahlen in Finnland.

Helsingfors, 7. August. Bei den Landtagswahlen erhielten bis heute die Sozialdemokraten 217 778 Stimmen, die Mitfinnen 109 293, die Schweden 74 188, die Jungfinnen 70 183, die Agrarier 37 628 und die Christlichen Arbeiter 3450 Stimmen.

### Marokko.

#### Französische Verluste.

Paris, 7. August. Wie aus Melines gemeldet wird, wurden die französischen Truppen im Lager von Amras von neuem von aufständigen Marokkanern angegriffen. Ein Hauptmann, ein Unteroffizier und zwei Mann fielen in dem Kampfe. Die Marokkaner wurden mit starken Verlusten zurückgeschlagen.

### China.

#### Die Kämpfe um Kanton.

Kanton, 7. August. (Nachricht des Reuterschen Bureaus.) Die Lage hier ist ernst. Es wird der Vorschlag gemacht, die gegenwärtig in dem Fremdeniertel befindlichen englischen Truppen zu verstärken.

Bei dem Kampfe um das Osttor von Kanton sollen 500 Mann getötet und verwundet worden sein.

## Letzte Nachrichten.

#### Oesterreich-Ungarns Ansicht über den Friedensschluß.

Wien, 7. August. (B. Z. B.) Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: Jetzt, wo am Balkan die Waffen ruhen werden, setzt eine Periode eifriger Arbeit für die europäische Diplomatie ein. Der Bukarester Vorfriede steht, dies läßt sich schon heute konstatieren, mit den beiden von Oesterreich-Ungarn schon vor Beginn der Verhandlungen als für seine Anerkennung der Neuregelung maßgebend aufgestellten Prinzipien in Widerspruch, daß Bulgarien nicht gedemütigt und nicht aus Zentralmasedonien verdrängt werden dürfe. Es wird nun Aufgabe Oesterreich-Ungarns und, soweit andere Mächte auf gleichem Standpunkte stehen, auch dieser Mächte sein, den erwähnten Prinzipien Geltung zu verschaffen. Wenn aus manchen europäischen Zentren Stimmen laut werden, die eine Beeinflussung der Bukarester Resultate als überflüssig bezeichnen, so müssen wir darin eine von Seiten der am Balkan weniger interessierten Kreise nicht unbegriffliche Desinteressen-Erklärung erblicken, die zumindest von dem Gesichtspunkte aus begründet werden könnte, daß eine geringere Anzahl von Teilnehmern nur der Vereinfachung der internationalen Pourparlers zugute käme. Wenn aber von mancher Seite sogar die Auffassung vertreten wird, eine Einflußnahme der Signatarmächte auf die Bukarester Beschlüsse sei unmöglich, so hieße dies wohl, die Modifikation des Berliner Vertrages den Balkanstaaten überlassen, ein Vorgang, welcher wohl nicht bloß in Oesterreich-Ungarn Bedenken hervorrufen müßte.

#### Der Balkanbund zerstört?

Sofia, 7. August. (B. Z. B.) Der Führer der bulgarischen Delegation, Finanzminister Tonischew, soll dem russischen Gesandten in Bukarest v. Schebelski erklärt haben, daß der serbische Einbruch in Mazedonien, das ja allein bulgarisch sei, jeden Gedanken an ein künftiges neues Bündnis zwischen Bulgarien und Serbien als ausgeschlossen erscheinen lassen müsse. In hiesigen diplomatischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Bukarest den vollständigen Zusammenbruch des Balkanbundes bedeute. An eine Wiederaufrichtung des Bündnisses sei nicht mehr zu denken. Auch die hauptstädtische Presse spricht sich in diesem Sinne aus, und sagt, kein Bulgare werde mehr einem Serben oder Griechen die Hand eines Freundes reichen.

#### Straßenkampf in Teheran.

Teheran, 7. August. (Nachricht des Reuterschen Bureaus.) Heute nachmittag fand hier zwischen Wachtmännern und Gendarmen ein mehr als zweistündiger Straßenkampf statt, der um 5 Uhr beendet war. Auf beiden Seiten gab es über 40 Tote und Verwundete. Ein schwedischer Offizier wurde leicht verwundet. Es wurde sodann zwischen den Gendarmenoffizieren und den Händen der Wachtmännern eine Konferenz abgehalten, während der Gendarmen alle Straßen gesperrt und Infanterie mit Maschinengewehren in der Nähe des Hauses, in dem die Konferenz stattfand, sich aufstellten. Die Wachtmännern willigten schließlich ein, ihre Leute zu entwaffnen. Die Stadt gewann darauf rasch ihr ruhiges Aussehen wieder.

#### Ewinemünde nach der Katastrophe.

Ewinemünde, 7. August. (B. Z. B.) Ueber die Anzahl der bei dem Bootunglück ums Leben gekommenen ist noch immer keine Gewißheit zu erlangen, da bisher nur 11 Personen als vermisst angemeldet worden sind und nur eine Leiche, die des Landesgerichtes Frankf., geborgen ist. Gleich nach Bekanntwerden der Katastrophe bemühtigte sich eine ungeheure Erregung der Kurgäste. Tausende eilten nach dem Strand, da sie ihre Angehörigen unter den Verunglückten vermuteten. Die Katastrophe war in wenigen Minuten in den benachbarten Badeorten Ahlbeck und Peringsdorf bekannt geworden, und da man zuerst nicht wußte, wohin das untergegangene Boot beheimatet war, entstand auch in Ahlbeck und Peringsdorf die größte Aufregung unter den Bade-gästen. Die Hotels wurden mit dringenden Anfragen aus Berlin besäumt, da sich eine große Anzahl von Berlinern nach dem Schicksal ihrer an der Ostsee befindlichen Angehörigen erkundigten. Ueber 2 Stunden konnten nur dringende Gespräche zur Ausführung kommen. Der Kaiser, der nach dem Bekanntwerden der Katastrophe wieder nach Ewinemünde zurückgekehrt war, ließ sich sofort Bericht über die Katastrophe erstatten und ordnete an, daß die Pinassen der im Hafen liegenden Kriegsschiffe mit Aufsuchung der Unfall-stelle betraut wurden.

#### Ein Eisfischdrama.

Düsseldorf, 7. August. (B. Z. B.) Der italienische Eisarbeiter Michele Forti erschoß heute nachmittag die Arbeiterin Luise Ulrich, die seine Beprobungen abgewiesen hatte, im Flotaport durch fünf Revolvergeschosse. Den schiefen Schuß gab er auf sich selbst ab. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

Filialen in den grössten Städten Deutschlands



# Schuhhaus Neptun

im Hause des Herrn  
Restaurateurs Matke

**Turmstrasse 78**

im Hause des Herrn  
Restaurateurs Matke

nahe Kriminal-Gericht

Morgen, Sonnabend, den 9. August, früh 8 Uhr:

## Eröffnung!

**Einheits-Preis:**

Für Damen- und Herren Stiefel  
in schwarz, braun und Lackleder.

**Berg-Stiefel  
und Promenaden-Schuhe.**

Jedes Paar ohne Ausnahme!



50  
Jedes  
Paar

Ich bringe nur eleganteste, neueste  
Formen und übernehme für  
jedes Paar volle Garantie.

In dieser Preislage bringe ich  
etwas Ueberraschendes.

Ein Blick in die Schaufenster sagt  
Ihnen alles.

Jedes Paar ohne Ausnahme!

Zur Eröffnung Sonnabend bis Dienstag erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Paares Herren- oder Damenstiefel  
**ein Paar elegante Hausschuhe gratis!**

**Schuhhaus Neptun** Turmstrasse 78  
im Hause des Herrn Restaurateurs Matke

Filialen in den grössten Städten Deutschlands

Das größte Geschäft der Welt  
in Gänse-Artikel

von **Hermann Leißner,**  
Berlin C, Kaiser-Wilhelm-Str. 11,

empfiehlt von heute ab wieder täglich frische **Oderbrucher**  
Gänse und Bratgänse sowie sämtliche Gänse-Artikel usw.

**Hermann Leißner,**  
Berlin C 2,  
Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

*Topflärsen*

mit Brat verleiht radikal Radomachers Goldgeist,  
ges. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die  
Kopfhaut v. Schuppen, befördert d. Haarwuchs, verhilft  
Zugang von Parasiten. - Wichtig für Schulkinder.  
Tausende v. Anerkennungen. Fl. a 0.50 u. 1.00 M.  
In Apotheken und Drogerien. Man wolle Nach-  
nahmen zurück u. achte genau auf d. Namen!

**Goldgeist!**

**Würzburger Hühneraugenmittel**

von **Dr. H. Unger.** - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indisches  
Dantegrass.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. - Greif-  
Apothek, Barnimstr. 33. - Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

**Der gesündeste Kakao**

ist derjenige, der nicht die stopfende Eigenschaft ge-  
wöhnlichen Kakao besitzt, möglichst theobrominarm ist  
und durch seine Zusammensetzung mehr als nur Kakao-  
pulver, nämlich auch direkte Blut- u. Nerven-elemente liefert,

*Dr. med. Rud. Weil's*

**Nährsalz-Bananen-Kakao**

ist in diesem Sinne eine Spezialität und mit minder-  
wertiger Marktware nicht zu vergleichen. Derselbe ist  
wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. -  
Beste Kraftnahrung bei Schwächerzuständen, Unter-  
ernährung, Nervosität, bei Magen- und Darmkatarrh.  
Angenehmstes Frühstückstrink für Gesunde, Kranke  
und Kinder.

1 Paket = 1/4 Pf. kostet nur 50 Pf.

Zu haben in sämtlichen Verkaufsstellen der

**Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend.**

Alleiniger Fabrikant: **D. Mader, Berlin S. 42.**

## Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Berlin C, Gertraudenstraße 25-26-27

Düsseldorf - Hamburg

Fertig am Lager

### Preiswerte Herren-Anzüge

- |         |  |       |
|---------|--|-------|
| Nr. 68. | Mittelgrauer, kleingemusterter Cheviot 1 reihig . . . . .          | M. 24 |
| Nr. 69. | Hellgrauer Cheviot mit farbigen Effekten 2 reihig . . . . .        | M. 26 |
| Nr. 70. | Rostbrauner, dezent gemusterter Cheviot 2 reihig . . . . .         | M. 26 |
| Nr. 71. | Olivfarbiger, dezent gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . .        | M. 26 |
| Nr. 72. | Blau-grün melierter uni Cheviot 2 reihig . . . . .                 | M. 26 |
| Nr. 73. | Sandfarbiger, in sich gemusterter Cheviot 1 reihig . . . . .       | M. 27 |
| Nr. 74. | Hellgrauer, schmal gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . .          | M. 29 |
| Nr. 75. | Blau-grau melierter uni Cheviot 2 reihig . . . . .                 | M. 29 |
| Nr. 76. | Oliv-grüner, dezent gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . .         | M. 34 |
| Nr. 77. | Hell modelfarbiger, nach engl. Art gem. Cheviot 1 reihig . . . . . | M. 34 |
| Nr. 78. | Hellgrau melierter, gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . .         | M. 34 |
| Nr. 79. | Mittelgrauer, fischgrätiger Cheviot 1 reihig . . . . .             | M. 38 |

**Qualität**  
gut

**Preise**  
niedrig

**Passform**  
modern

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**  
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma  
**Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.**  
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.  
Saubrigkeit: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Sandberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.  
Beste billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

# Variationen über den Kornwalzer.

Wir geben hiermit die wichtigsten Auslassungen der bürgerlichen Presse über den Krupp-Prozess wieder.

Die Betrachtungen der offiziellen

„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“

sind höchst summarisch. Sie lauten:

An der wirklichen Bedeutung der unentschuldigten Vorkommnisse ist vor Gericht nichts abgeschwächt, nichts beschönigt worden. Gerade dadurch aber wird den Uebertreibungen der Woden entzogen, mit denen der Abg. Liebknecht die öffentliche Behandlung der Angelegenheit eingeleitet hat. Der bisherige Verlauf der amtlichen Verfahren zur Aufklärung agitatorisch vergrößert. Die öffentliche ist für die Sozialdemokratie eine Enttäuschung. Ein „Panama“ der deutschen Heeresverwaltung gibt es nicht. Das haben, nach eingreifender Beweisnahme, die Vertreter der Anklage und die Prozessleitung festgestellt, und in den unvorhergesehenen Besprechungen des Urteils wird dieses Ereignis gegenüber allen Aufschaukelungsversuchen in das richtige Licht gesetzt. An diesem Ergebnis kann auch durch das noch bevorstehende zweite Gerichtsverfahren, dessen Feststellungen im übrigen abzuwarten bleiben, nichts geändert werden.

Wir wollen es abwarten, ob die tröstliche Prophezeiung des offiziellen Blattes — von der dahingestellt sein mag, ob sie als bloße Ansicht oder als Wunsch ausgesprochen worden ist — ihre Erfüllung finden wird.

„Deutsche Tageszeitung“:

Die Sachlage erscheint auch jetzt noch eine gewisse Zurückhaltung, die wir zu beobachten für unsere Pflicht erachten. Das kann aber schon gesagt werden, daß der Prozess nichts enthüllt hat, das man mit dem Herrn Abgeordneten Liebknecht als ein Panama bezeichnen könnte. Es hat sich vielmehr schon jetzt überzeugend und unbestreitbar herausgestellt, daß die Anschuldigungen des eben genannten Abgeordneten im Reichstage grundlos und maßlos übertrieben waren.

Das hindert uns aber nicht, unumwunden zuzugestehen, daß die Angelegenheit überaus peinlich ist und einen schweren Schlag auf Dinge und Verhältnisse wirft, auf die wir sonst stolz sein zu können glaubten.

Wir Zurückhaltung wird man sich über die Rolle äußern müssen, die die Angestellten der Firma Krupp und diese in der Angelegenheit gespielt haben. Darüber wird erst dann ein einigermaßen sicheres Urteil gefällt werden können, wenn die Verhandlung gegen Brandt und Genossen stattgefunden haben wird. Aber jetzt schon hat sich herausgestellt, daß Brandt sich dessen schuldig gemacht hat, was man Bestechung zu nennen pflegt. Ob die aufgewendeten Mittel groß oder klein waren, darauf kommt es nicht an. Es ist eine bedauerliche und häßliche Freivolant, wenn gewisse Blätter über die Geizgierigkeit der Bestechungsmittel wipeln. Es ist auch aus den Verhandlungen klar geworden, daß höhere Beamte der Firma Krupp von der Tätigkeit des Herrn Brandt wußten. Daß diese Tätigkeit ihnen etwa unbedenklich schien, kann nicht angenommen werden. Das würde ein zu geringes Maß von Urteilsfähigkeit bedeuten, das man bei den Beamten einer solchen Weltfirma nicht voraussetzen kann. Ob die oberste Leitung der Firma etwas davon wußte, oder das Vorgehen billigte, muß vorläufig noch eine offene Frage bleiben; boreilig darüber zu urteilen, überlassen wir anderen.

„Kreuz-Zeitung“:

Gerichtet ist eine Anzahl von Militärbeamten, die um äußerer, freilich recht geringer Vorteile willen ihre Dienstpflicht gröblich verletzt haben. Mögen sie auch anfangs in einer Art „Hochmut“ sich manches, was sie nicht sagen durften, durch den geschickten Vertreter Krupps haben entreißen lassen, sie haben die abschüssige Bahn betreten, mögen die Bestechungen auch noch so gering gewesen sein, und sie haben ihre Strafen, die milde genug ausgefallen sind, verdient.

Gerichtet ist die leider auch bei uns zu Lande herrschende Geschäftspraxis, sich auf unläutere Weise für den Wettbewerb nützliche Kenntnisse zu verschaffen. Das Schmiergeldwesen, das gerade in der Berliner Geschäftswelt in allen möglichen Formen zutage oder vielmehr meist nicht zutage tritt, ist ein Zeichen des Amerikanismus und der sinkenden Geschäftsmoral, wie sie in jenen Kreisen am allerersten zu Hause ist, die jetzt auf Krupp die meisten Steine werfen, ohne zu bedenken, daß sie selbst im Glashause sitzen. Wäre Herr Krupp Herr Eohn, die pharisäischen Demokraten und Sozialdemokraten hätten mitamt ihrer Presse den Mantel liebevoller Schweigsamkeit über die Affäre gedekt.

Gerichtet ist aber auch die frivole Agitationsmethode der Sozialdemokratie, die mit der Absicht, unsere Heeresverwaltung auf das empfindlichste bloßzustellen, die „Affäre“ im Reichstage sensationell aufbauscht.

„Post“:

Betrachtet man den soeben zu Ende gegangenen Militärbestechungsprozess... so leuchtet man zu gleicher Zeit Herrn Liebknecht ins Gesicht, und man gewahrt mit einem Schaudern die ganze ungeheure Frivolität, durch die seine ebenso nichtswürdigen wie maßlosen Angriffe gekennzeichnet sind. Was die Frage der Bestechung und Bestechlichkeit angeht, so ist einerseits die Anklage gegen den Berliner Vertreter der Firma Krupp, Herrn Brandt, noch nicht einmal erhoben, während andererseits die Vagatelbeträge, die genannt worden sind, durchaus nicht mit den Summen in Zusammenhang zu bringen sind, an die man bei Kennung des Wortes Panama zu denken pflegt.

Wenn Herr Brandt sich überhaupt der Bestechung schuldig gemacht hat, so hat er es ganz auf eigene Faust und Gefahr getan. Die Firma Krupp hat ihn wiederholt durch ihre Direktoren verpflichten lassen, nichts Ungeheures zu unternehmen, und Herr Direktor Dreger ließ ihn noch ausdrücklich einen diesbezüglichen Neben unterschreiben. Das Schild Krupps ist also völlig rein geblieben, und selbst der Giftbauch des Herrn Liebknecht vermag es nicht zu trüben.

Die Panamiten sind nicht in deutschen Heer, nicht bei der Firma Krupp, sondern bei denen um Liebknecht zu suchen, denen sich mit vielem Eifer die ganze sozialdemokratische und freisinnig-demokratische Presse zugewandt hat.

„Berliner Neueste Nachrichten“:

Brandt, der Verführer, wird sich demnächst vor dem Zivilgericht zu verantworten haben, und auch er wird seinen Richter finden. Es schwebt aber auch noch ein Verfahren gegen mehrere Direktoren der Firma Krupp. Man wird sein endgültiges Urteil bis zu dessen Abschluß verlagern müssen, doch läßt sich mit einiger Sicherheit nach den Aussagen der Direktoren Eohns und Dreger heute schon feststellen, daß eine direkte Beteiligung der dem Brandt vorgehenden Herren an diesen Verfehlungen nicht festzustellen ist. Die Firma steht mit den Wegen, die ihr Angehöriger wandelte, in keiner Verbindung. In keiner direkten! Denn auch hier gilt es offen zu sein. Es hätte den

Vorgesehen Brandts der Gedanke kommen müssen, daß dieser nicht auf den Wegen ging, die ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden waren, und in Essen hätte man sich ohne Mühe sagen können, daß die Brandtschen Kornwalzer unmöglich allesamt unter Vermeidung der „unterirdischen Wege“ erlangt worden sein konnten. Es ist klar, daß man nicht wissen wollte, ob Brandt seinen Vorschriften zuwider handelte, und daß man sich selbst beschwichtigte, weil man ihn ja ausdrücklich vor krummen Wegen gewarnt hatte. Eine schuldige Verfehlung? Die würde kein Richter nachweisen können, und die ist auch offensichtlich nicht vorhanden. Was übrig bleibt, ist eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Erscheinungsformen des modernen Konkurrenzkampfes.

Am gestrigen Tage ward auch Herr Liebknecht gerichtet. Er ward gerichtet als ein Mann, dem jenes kollektive Ehrgefühl, das man Vaterlandsliebe nennt, vollkommen fehlt, der aus Geizgierigkeit und Parteiinteresse das eigene Recht in widerlicher Weise beschmüht hat und der keinen Anspruch mehr hat, als ein Vertreter deutscher Volksinteressen zu gelten.

„Kölnische Zeitung“:

Neben den Angeklagten hat die Öffentlichkeit vielfach die Firma Krupp mit auf die Anklagebank gesetzt. Will man in diesem Wilde bleiben, so könnte man sagen, daß die Firma nicht, wie die Heeresverwaltung, in allen Punkten freigesprochen worden ist. Das eine kann schon heute gesagt werden: Es berührt nicht gerade angenehm, daß die Firma Krupp gewußt hat, daß verschiedene der Informationen ihres Vertreters auf nichtlegalem Wege erworben worden sind und daß sie trotzdem die Verbeibehaltung dieser Informationen beschlossen hat. Dabei ist noch folgendes zu beachten: Das einzige Interesse, das die Firma an den Brandtschen Informationen hatte, beruhte auf den Mitteilungen der Preisangebote der Konkurrenzfirmen und den Mitteilungen der bevorstehenden Bekleidungsstermine. Aber gerade diese beiden Arten von Mitteilungen waren nur auf nichtlegalem Wege zu erfahren, während alles übrige, was Krupp wissen wollte, über die Bordtreppe geholt werden konnte. Brandt hat ganz gewiß auf eigene Faust gehandelt, aber die Firma Krupp hat den Anlaß und die Möglichkeit, ihn zurückzuhalten, als einige Herren bereits wußten oder hätten wissen müssen, daß unrechtmäßig vorgegangen wird, nicht benutzt. Einigen Direktoren sind die „Kornwalzer“ direkt peinlich gewesen, aber offenbar sind dem Preisbureau die Angaben über die Konkurrenz als zu interessant gewesen und deshalb hat es Brandt weiter arbeiten lassen, ohne seine Methode zu untersuchen.

„Sossische Zeitung“:

Das Kriegsgericht spricht in der Urteilsbegründung trotz seines wiederholten Hinweises auf den schweren Schaden für das Ansehen der Heeresverwaltung von einem „glücklichen Ausgang des Prozesses“, weil ein „Panama“ nicht aufgedeckt sei, eine Korruption schlimmer Art nicht vorliege. Diese milde Auffassung wird außerhalb des Gerichtssaales kaum irgendwo Verständnis finden. Die Verräterei, die in diesem Prozess festgestellt worden sind, waren gerade schlimm genug! Handelte es sich doch um Preisgabe von Geheimnissen aus dem Kriegsministerium, und waren die Betrüger nicht Träger der Offiziersuniform, die, vor anderen wegen ihrer Nichtigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgewählt, die Gewähr absoluter Verschwiegenheit und strengster Unzugänglichkeit gegen Bestechungsversuche zu bieten schienen?

Die Wunden, die der Krupp-Prozess geschlagen hat, werden nur schwer bernaht und noch häufig wieder aufgerissen werden.

„Freisinnige Zeitung“:

Die Militärjustiz hat ihre Schuldigkeit getan, die am schwersten Belasteten hat auch die Strafe der Dienstentlassung getroffen, die sie mit am empfindlichsten berühren wird. Der Prozess hat, wenn er auch kein „Panama“ der Militärverwaltung enthält, doch ein sehr unerquickliches und abschreckendes Beispiel von dem berüchtigten Schmiergeldwesen ergeben, das leider vielfach um sich gegriffen hat, darauf, daß Lieferanten Angestellte bestechen, um Lieferung zu erhalten oder in Geschäftsgeheimnisse des Wettbewerbes einzudringen. Hier, wo eine der wichtigsten Verwaltungen des Staates als Auftraggeber in Rede steht, wo es sich um Interessen der Landesverteidigung handelt, berührt ein derartiges Unwesen doppelt unangenehm. Es muß alles gesehen, um es auszuräumen, und das Strafgericht muß, wie wir wiederholen, unerbittlich alle treffen, die ein solches Treiben persönlich ausüben oder es, sei es direkt oder indirekt, veranlassen und fördern. Die zweite Auflage des Krupp-Prozesses vor dem bürgerlichen Gericht wird hoffentlich die erwünschte Aufklärung und Sühne in vollstem Maße bringen.

„Frankfurter Zeitung“:

Das ist das erste Ergebnis dieses Prozesses. Es hat tatsächlich im Heer und in der Heeresverwaltung, und zwar an Stellen, die nur mit auserlesenen Material besetzt werden, fünf Leute gegeben, die gegen materielle Entgelt zum Verrat zu haben waren. Einer folgt immer dem anderen, die Freundschaft mit Brandt erbt sich in der Zeugverwaltung geradezu fort. Und wie billig waren diese Leute zu haben: für ein Freibatzen in der Arzipe, für ein Goldstück, teuersten Falles für einen Hundertmarkschein zu Weihnachten! Das ist eine lächerliche Häufung von Verbrechen. Und die Erkenntnis dufstet um so schlimmer, als ja noch nicht einmal alle Schuldigen gefasst sind. Die Kruppischen Direktoren haben angegeben, daß ihre Konkurrenz früher und besser unterrichtet gewesen sei, höchst wahrscheinlich auf dem gleichen Wege. Und Brandt selbst hat noch mehr Informanten, vielleicht sogar in noch höheren Choren, gehabt: darauf bezügliche Briefe, bei denen man die Täter nicht ermittelt hat, sind gefunden worden, und Brandt hat sich nur gewiegert, die Namen zu nennen, weil er die Sache nicht noch größer machen wollte, weil er schon genug Leute unglücklich gemacht habe.

In der Verhandlung ist viel darüber geredet worden, ob das, wie der Abgeordnete Liebknecht es im Reichstage genannt hat, ein Panama sei. Aber was liegt an dem Worte? Ein furchtbare, verhängnisvoller Skandal ist es jedenfalls, daß die alte, große Tradition des preussischen Offiziers und Beamten in dieser Weise kompromittiert worden ist. Und deshalb darf man sich jetzt nicht damit beruhigen, daß ja die Schuldigen bestraft seien und damit die Ehre wieder hergestellt sei. Die eigentlichen Schuldigen sind hier nicht die fünf jungen Leute, die auf der Anklagebank gesessen haben. Für sie, die in Reichsinn und Halligkeit gehandelt haben, kommt immerhin mildernd in Betracht, daß sie mit Brandt in kameradschaftlichem Verkehr gestanden haben, durch den sie der Genannte geschickt und allmählich einzunehmen wußte. Vor allem aber dürften sie sich darauf berufen, daß es die Firma Krupp war, für die sie ihre Verräterei begingen. Deshalb sind schon in diesem Prozess die Firma Krupp und ihre Direktoren die eigentlichen Angeklagten gewesen.

„Berliner Volks-Zeitung“:

Es ist hier ein Korruptionsherd aller Art. Dieser Art aufgedeckt worden; der Prozess hat gezeigt, daß von Offizieren und Beamten in hoch verantwortlichen, Vertrauensstellungen viele Jahre hindurch die schwersten Verfehlungen gegen das Gesetz, gegen ihre Pflicht begangen worden sind. Es lag ein vollkommenes System in der Sache; wir haben schon darauf hingewiesen, wie Brandt, der Spender von Freibier, warmem Abendbrot sowie Fünf- und Zehnmarkstücken, als Respektperson und guter Abnehmer von dem einen Zeugzeugant dem anderen übergeben wurde. Gerade in Preußen, wo man sich soviel zugute tut auf die Unantastbarkeit der Beamtenschaft, wo das Wort Bismarcks gefallen ist: „den preussischen Leutnant macht uns keiner nach“, wo in gewissen reaktionären Kreisen jederzeit pharisäerhaft mit erhabener Geißte auf die in Erbpaß genommene Tugendboldenhaftigkeit innerhalb eben dieser Kreise hingewiesen wird, da muß man an die Beamten und Offiziere die höchsten Anforderungen stellen. Daher wird man die in dem Prozess festgestellte Durchlöcherung des Ehrentodes besonders schmerzhaft empfinden.

Da entsteht aber die Frage: Wußte der oberste Chef der Firma, Herr Krupp v. Böhlen und Salbach, nichts um alle diese Dinge? Geht diese jahrelange systematische Aufschaukelung in Berlin ohne sein Wissen? Handelt es sich um Direktoren vollkommen selbständig, als sie die Kornwalzerstücke anhäufte, die der emsige Brandt aus den ihm von pflichterfüllten Offizieren und Beamten zur Verfügung gestellten Büchern der Militärverwaltung Tag für Tag auszog? Die skrupellose Handlungsweise der Herren, die Brandt nach Berlin schickten mit der bestimmten Aufgabe, durch seine Forschungen dem Ausfall an Vergeltungen entgegenzuarbeiten, ein Verfahren, das der Kriegsgerichtsrat Welt als unläuteren Wettbewerb gekennzeichnet hat, wird in Moabit näher geprüft werden, und selbstverständlich wird man das Ergebnis dieser Prüfung abwarten, ehe man über die Firma Krupp in der Öffentlichkeit sein Urteil fällt. Das eine steht jedenfalls fest: moralisch verurteilt ist sie bereits aus dem Prozess Tilian und Genossen hervorgegangen.

## Internationaler Metallarbeiterkongress.

Berlin, 7. August 1913.

Zur Verhandlung steht Punkt 3 der Tagesordnung

„Der Ausbau der gegenseitigen Beziehungen.“

Dem Kongress sind Vorschläge einer am 11. Juni 1911 abgehaltenen Konferenz der britischen Metallarbeiterverbände unterbreitet. Sie regeln die Aufnahme aus dem Ausland zuwandernder Organisierten, die das Mitgliedsbuch und die internationale Uebertretungsvorweisung. Unterstützungen an Zureisende sollen aber nur auf Grund besonderer Annehmungen gewährt werden. Weiter werden die Bundesglieder (Landesorganisationen) verpflichtet, einander bei Streiks und Aussperrungen moralisch — durch Auskunftserteilung, Warnung, ev. Sympathiestreiks — und materiell — bei längerer und die vorhandenen Gelder aufzubehaltenden Kampfen — zu unterstützen. Ein Besuch der letzten Art ist an den nationalen Sekretär zu richten und hat mitzuteilen, wie viel Geld zu Beginn der Arbeitseinstellung vorhanden war, wie viele Arbeiter beteiligt, wie hoch die Unterstützungen und Beiträge sind, und ob der Kampf mit Wissen und Zustimmung der Organisationsleitung unternommen wurde, ferner alle zur Beurteilung des Wertes und der Aussichten des Kampfes dienlichen Angaben. — Tritt der Beirat des Landesvertrauensmannes dem Besuch bei, so befürwortet es dieser beim Generalsekretär, der es dann dem Zentralkomitee vorlegt.

Hobson-England: Wenn Sie früher über unsere scheinbar ablehnende Haltung enttäuscht waren (Sehr richtig!), so liegt das daran, daß in den englischen Gewerkschaften alle größeren Ausgaben nur durch Abstimmung bewilligt werden können. Von unseren 10 Organisationen haben 9 diesen Vorschlägen zugestimmt, weitere 5 bedingungsweise unter kleineren Bedingungen, 3 nicht, und 2 haben nicht endgültig geantwortet, darunter eine, die für recht ausgiebige, oder nur freiwillige Gegenseitigkeit ist. — Ich beantrage Annahme dieser Vorschläge mit nachheriger Unterbreitung an die Landesorganisationen zur Annahme innerhalb 3 Monaten und weiter, daß der Ertragsbeitrag für internationale Unterstützung 8 Pf. pro Mitglied und Woche für 6 Wochen nicht übersteigen soll. Die Annahme unserer auf Weisung des vorigen Kongresses erstatteten Vorschläge wird die Gegenseitigkeit zur Tat werden lassen. (Beifall bei den Engländern.)

Ein Antrag Holland will Schaffung einer internationalen Reiseunterstützungsliste für im Ausland Arbeitssuchende und einer internationalen Widerstandsliste aus Beiträgen, deren Höhe der Kongress bestimmt. — Ein Antrag Hobson verlangt, daß vor dem Eintritt in einen größeren Kampf die Internationale genau informiert werde.

Broconie-England: Gewiß sind unsere Vorschläge nicht vollkommen, aber sie sind ein Schritt vorwärts. (Bravol) Man spricht von den schlafenden Engländern — aber selbst im Schlaf haben sie noch ein Auge offen und wenn selbst die Engländer nicht: wir Schotten sicher! (Große Heiterkeit.) Uebrigens hat ja Karl Marx selbst erklärt, wenn einmal die Engländer vorwärts gehen, dann geht es mit Riesenschritten vorwärts! (Bravol) Wir haben jetzt eine Riesearbeit mit der Verschmelzung unserer vielen Organisationen — wir werden sie leisten. Verfassungen kann man nach dem Wort eines unserer Geschichtsforscher nicht machen, sie müssen wachsen. Man darf den Wert der internationalen Föderation nicht allein nach dem schätzen, was sie an jedes Land auszahl, vergessen wir nicht den moralischen Wert der Solidarität der Arbeiter aller Länder gerade in dieser schweren Zeit! Treten Sie dabei für die Annahme der Vorschläge ein, wir, die Vereinten Maschinenbauer Großbritanniens, sind mit ihnen einverstanden! (Beifall.)

Cohen-Berlin begrüßt den Vorschlag der Engländer, der einen ganz bedeutenden Fortschritt bedeutet gegenüber dem bisherigen. Gewiß ist materielle Unterstützung nicht alles — aber erst die materielle Unterstützung des Freundes in der Not beweist die wahre Freundschaft! Bisher durften die Maschinenbauer im Höchstfall 400 M. ohne Abstimmung bewilligen, andere britische Organisationen gar nur 300 M.! Um solche bloße kostenlose Sympathieerklärung wendet sich keine nationale Organisation an den reichen Freund im Ausland um Hilfe! (Sehr wahr!) Deshalb freut es uns, daß diese chinesische Mauer endlich abgetragen werden soll. Die übrigen waren längst zum Vorwärtsgehen bereit, — aber Ihr Engländer wolltet nicht! Wir begreifen die Schwierigkeiten, die Ihr zu überwinden habt, wir begreifen den Fortschritt, den Ihr jetzt endlich macht und ich bitte, diesen Vorschlägen zugestimmen und dadurch die Anträge Holland und Hobson für erledigt zu erklären. — Selbstverständlich können nur Streiks unterstützt werden, die planmäßig vorbereitet und von der von dem Vertrauen der Mitglieder getragenen Leitung bewilligt sind. (Sehr wahr!) Anders kann es nicht sein, und wenn mal einer aus der Reihe tanzt, wird er in der Aussprache, in der das eingereicht wird, schon einsinken, daß es so nicht gehen kann! (Beifall.) Also nehmen wir die Vorschläge an und freuen wir uns, daß sie in Berlin zur Annahme gelangen! (Bravol)

Janzen-Holland begründet den oben mitgeteilten Antrag. Im großen und ganzen bedeuten die englischen Vorschläge doch nur eine platonische Wiedererklärung!

Beer-Oesterreich: Es läßt sich nicht verkennen, daß in dieser Hauptfrage vom Kongress zu Kongress Fortschritte gemacht werden.

Auch die britischen Organisationen konnten schon in wichtigen Augenblicken auf die wertvolle Hilfe der kontinentalen Kollegen rechnen. Nun ist endlich eine Wendung in dem Verhalten der Engländer eingetreten und ich freue mich, daß sie nun endlich beginnen, den zuwandernden organisierten Kollegen als Kollegen zu betrachten, was bisher leider nicht der Fall war. Deshalb lege ich unserem Beschluß große moralische Bedeutung auch nach außen hin bei. (Sehr richtig!) Ebenso hoch werte ich den Entschluß der Briten, nun auch bei Streiks in einer Linie mit uns zu marschieren. Am würdigsten wäre es, die Vorschläge ohne lange Debatte anzunehmen. (Zustimmung.) Der Antrag Holland erscheint uns und auch dem Kollegen Reichel-Deutschland nicht zur Annahme geeignet. Gerade die großen Organisationen sind es, die aus Solidarität und um des ferneren Zusammenwirkens willen die von ihm erwähnten Opfer am meisten zu bringen haben, aber sie wollen das auch fernhin tun. Erklären wir den Antrag Holland durch die Annahme der englischen Vorschläge für erledigt! (Beifall.) Die Erörterung schließt. Die englischen Vorschläge werden einstimmig angenommen mit dem Zusatz Dobson. Die Anträge Holland und Hobson sind dadurch erledigt.

#### Nachmittagsführung.

Auf Wunsch der französischen Metallarbeiter wird über die Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der nationalen Verbände beraten.

**Lesèvre-Frankreich:** Die Aufnahmeversuche sollten immer in der „Internationalen Rundschau“ veröffentlicht werden, damit eventuell Einwendungen möglich sind. Organisationen, die der Landeszentrale nicht angehören, dürfen nicht aufgenommen werden und französische Uhrmacher nicht im Schweizer Verband organisiert sein. Wir beantragen, daß nicht der Landeszentrale angehörende Organisationen auch nicht der Internationalen beitreten dürfen.

Dem widersprechen **Köster-Schweiz, Kochhöfer-Stuttgart** und **Seidler**: Wir können hier nicht innere Landesangelegenheiten entscheiden. Das Sekretariat kann nur moralisch einwirken und auch nur auf Ersuchen. Die Franzosen können sich doch damit zufrieden geben, daß es Pflicht des Sekretärs ist, auf Wunsch Beteiligten schlichtend einzugreifen.

Die Franzosen beharren auf ihrem Antrag, der nun gegen etwa 6 Franzosen und Belgier abgelehnt wird.

Der Punkt „Internationale Beiratsfunktion“ wird durch die gestrigen Verhandlungen für erledigt erklärt.

#### Die Wahl des Internationalen Sekretärs

wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Reichel durch Zuruf vorgenommen. Die einstimmige Wahl Schliedes wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Reichel-Frankreich** weist darauf hin, daß die ausländischen Arbeiter in Frankreich rechtlos sind. Man weiß sie aus, wenn sie sich organisieren, ja selbst, wenn sie verunglücken. Da nun gerade jetzt viele italienische und russische Arbeiter für die französischen Unternehmer angeworben werden, regen wir eine allgemeine Warnung vor Zuzug nach Frankreich an.

Als nächster Kongressort wird Wien einstimmig gewählt. Der Kongress wird dort 1918 tagen.

Die Revision der Bundesstatute vor dem nächsten Kongress wird den Schweizern, Engländern und Dänen wieder übertragen.

**Davis-England** dankt den Deutschen für ihre prächtige Gastfreundschaft.

**Schliede-Stuttgart** teilt diesen Dank mit den Berlinern und dankt besonders dem Dolmetscher Baumeister. (Bravo!) Wir freuen uns der neu belebten Brüderchaft mit den Brüdern jenseits des Kanals, die man gleich den Franzosen uns immer als die „Braven Guten“ hinstellt. Nun, die heutigen Beschlüsse haben gezeigt, wie es in Wahrheit steht. Hoffen wir, daß die Abstimmung in den einzelnen Ländern überall die Annahme ergibt. — Sehr sympathisch ist auch der Beschluß über den nächsten Kongressort, denn es gibt ja nur ein Wien! (Großer Beifall.) Also auf Wiedersehen in Wien! (Beifall.) — Darauf schließt Reichel den Kongress.

## Verbandstag der Tabakarbeiter.

Geibelberg, 8. August.

Die geschlossene Sitzung über die

#### Lohnbewegungen

endet mit der Annahme folgender Resolution:  
Der Verbandstag erklärt sich mit den Ausführungen Krohns vollständig einverstanden und verspricht, im Sinne des Referats zu wirken. Der Verbandsvorstand beauftragt den Vorstand, der Tarifbewegung größte Aufmerksamkeit zu schenken und eine möglichst lebhaft propagandistische für den Bezug von Tabaksubstituten von Tariffirmen in jeder ihm geeigneten Weise zu betreiben.

Drei Anträge wurden dem Vorstand als Material überwiesen. Sie verlangen: erstens, daß über diejenigen Unternehmer, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen, der Vorkauf verhängt wird; zweitens, daß in der Presse eine größere Propaganda für die tariffreien Firmen entfaltet wird. Zur Kenntlichmachung der Tabakfabrikate, die unter tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, sei ein Tarifband oder eine Marke einzuführen.

Der Verbandsvorstand Deichmann referierte über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung,

die nach Anträgen des Vorstandes und Ausschusses an die Stelle der vielen anderen Unterstützungsarten treten soll. Unter Erwerbslosenunterstützung ist also zu verstehen, daß ein Mitglied in einem Jahre — und zwar in Fällen der Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder beim Ortswechsel oder wo ein Mittellos Anspruch auf Fahrgeldunterstützung erhebt — nur eine bestimmte im Statut festgesetzte Unterstützungssumme beziehen kann. Die in einem Jahre erhaltenen Unterstützungssummen in allen diesen Fällen sind miteinander aufzurechnen und dürfen die im Statut für ein Jahr festgesetzte Gesamtsomme nicht überschreiten. Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit sollen höher sein als bei Krankheit. — Die Reorganisation des Unterstützungswesens soll verbunden sein mit einer Reduzierung der Beitragssklassen von je sechs auf drei. An Stelle der jetzigen Beiträge von 85, 45, 55, 70, 100, 120 Pf., sollen solche von 85, 50 und 65 Pf. pro Woche treten. Der Beitrag in der ersten Klasse soll also unverändert bestehen bleiben, in der zweiten und dritten Klasse soll er um 5 resp. 10 Pf. erhöht werden, die vierte, fünfte und sechste Klasse soll gänzlich wegfallen. Alle Mitglieder, die in der Regel unter 18 Pf. pro Woche verdienen, sollen den Beitrag der ersten oder zweiten Klasse, und diejenigen Mitglieder, die 18 Pf. und darüber verdienen, den Beitrag der dritten Beitragssklasse zahlen.

Deichmann erläuterte die von Vorstand und Ausschuss gestellten Anträge über die Höhe der Unterstützungen und die Bedingungen zum Bezug derselben. Die Arbeitslosenunterstützung soll 0,80, 1,20 und 1,60 Pf., die Krankenunterstützung die Hälfte betragen. Die Bezugsdauer soll sich nach der Dauer der Mitgliedschaft. Ein von Deichmann eingebrachter besonderer Antrag will, daß allen Mitgliedern, die während der letzten 52 Wochen vor dem Inkrafttreten der neuen Erwerbslosenunterstützung Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Ortswechsel erhalten haben, diese Beträge gegen die Summe für das neu zu beschließende Unterstützungsjahr aufgerechnet werden sollen. Die Aufrechnung soll damit also rückwirkende Kraft erhalten.

Die Diskussion fällt den ganzen Sitzungstag aus. Im allgemeinen ist zu sagen, daß von den Diskussionen aus dem Süden mehr Wert auf die Fähigkeit des Verbandes, Kämpfe führen zu können, gelegt wurde, während ein erheblicher Teil der norddeutschen Redner möglichst viel vom alten Unterstützungswesen zu retten suchte. Die Ansichten dieser letzteren wurden in besonders temperamentvoller Weise vom Reichstagsabgeordneten Geyer bekämpft, der ausführte, wie mit der kapitalistischen Entwicklung (immer größere Konzentration) das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften notwendigerweise zurückgedrängt werde und der reine

Kampfscharakter wieder immer mehr in den Vordergrund zu treten komme.

Nach einem Schlußwort Deichmanns wurde mit allen gegen vier Stimmen im Prinzip der Einführung der Erwerbslosenunterstützung zugestimmt und alle darauf bezüglichen Anträge der Statutenberatungskommission überwiesen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

In eine Parteiversammlung des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises besahe man sich mit dem bevorstehenden Parteitag in Jena.

Der Kreisvereinsvorsitzende, Genosse M. Müller, erstattete den Bericht. Die erwartete Steigerung der Mitgliederzahl sei ausgeblieben; die Frauen und der 18. sächsische Wahlkreis seien an der Steigerung erheblich beteiligt. — Enttäuschung herrsche in weiten Parteikreisen, daß der Parteivorstand nicht die Höhe und die Fröhlichkeit behauptet habe, die man von ihm erwarte. Das beste Beispiel habe die Haltung der Fraktion der Militärvorlage und der Steuerfrage gegenüber gegeben. Da habe der Parteivorstand verlagert. Der Parteiaussschuß hätte zusammenberufen werden müssen, auch im Interesse der Fraktion, um dieser für ihre Haltung Deckung zu verschaffen. Anstatt den Parteiaussschuß mit großen politischen Fragen zu beschäftigen, habe man ihn zur Erledigung von Verwaltungssachen herbeigezogen, die ohne ihn erledigt werden konnten. Die merkwürdige Art der Behandlung der Militärvorlage und besonders der Steuerfrage habe große Enttäuschung im Volke ausgelöst. Da hätten die Massen informiert werden müssen. Die bisherige Taktik der Partei sei auf den Kopf gestellt worden. Es sei nicht richtig, was Genosse Lensch in Leipzig gesagt: die Fraktion habe prinzipiell gehandelt, wie bisher. Eine Schwächung habe sie in diesen wichtigen Fragen vollzogen. Gewiß habe sie es nicht leicht gehabt und sie habe nach bestem Ermessen gehandelt. Aber sie hätte doch bei dem Widerspruch dieser neuen Taktik mit Teilen des Parteiprogramms das zugeben und den Parteigenossen Aufklärung verschaffen müssen. Wenn diese nun die Haltung der Fraktion nicht verstehen, so sei sie selbst und der Parteivorstand daran schuld. Nachdem Genosse Müller noch Vorgänge in der Fraktion gestreift und die Haltung der Fraktion 1907 in der Zolltariffrage, der Haltung bei der jetzigen Militär- und Steuerfrage gegenübergestellt hatte, sprach er bezüglich des Parteiprogramms die Hoffnung aus, daß es mit der Vereinfachung des Münzberger Beschlusses sein Werden haben möge.

In der Debatte verbreitete sich Genosse Fellisch ausführlich über die Haltung der Fraktion der Militärvorlage und der Steuerfrage gegenüber. Er könne sich damit nicht einverstanden erklären. Der Militarismus als Fehler des Kapitalismus dürfe mit Zustimmung der Sozialdemokraten auch auf Kosten der Reichsnicht gestärkt werden. Der alte Kurs sei von der Partei verlassen worden, ohne den Parteigenossen Gelegenheit zur Aussprache gegeben zu haben; die Militärfrage sei zu einer Finanzfrage gemacht worden. Ohne Eintausch von Volksrechten habe die Fraktion ihre Zustimmung gegeben; das sei ein unhaltbarer Zustand, zumal, wenn man bedenke, daß früher Genossen, wenn sie auch nur andeutungsweise solche Möglichkeiten besprochen, als Reyer verhöhnt wurden. Für außerordentlich bedenklich hält Genosse Fellisch, wenn die Fraktion zu ihrer Haltung etwa aus Furcht vor einer Reichstagsauflösung gekommen sein sollte; das Urteil der Masse zu fürchten, habe die Partei keine Ursache.

Genosse Dederz bemerkte, daß die Unruhe in unseren Reihen grundsätzlicher Natur sei, daß die Fraktion im Reichstage seit Jahren eine opportunistische Politik getrieben und den bürgerlichen Parteien zu sehr Rechnung getragen habe. Den Genossen im Lande sei eine gründliche Durcharbeitung. Fest stehe, daß die Fraktion sich an das Programm gehalten und die finanziellen Lasten den Reichsnicht aufgelegt habe. Wesser wäre es aber gewesen, wenn sie die Mittel für die Verstärkung des Militärs verweigert hätte.

In längeren Ausführungen ging Genosse Koske auf die Angriffe der Redner auf die Haltung der Fraktion ein, die er ausdrücklich verteidigte. Als erfreuliche Erscheinung bezeichnete er die Tatsache, daß die alte Schablone von Revisionismus und Radikalismus in die Brüche gegangen sei; das sei das beste Zeichen, daß innerhalb der Partei ein recht lebhafter, kritischer Geist vorhanden sei. Es sei auch nicht Aufgabe, daß die Parteigenossen heute mit weniger theoretischem Wissen ausgestattet seien, als früher; dafür habe die Partei in reichem Maße gesorgt, daß in dieser Richtung mehr getan werde, als früher möglich war. Er verwies zum Beweise dafür auf die Jugend-, die Frauenbewegung und die Arbeit der Bildungsausschüsse. Lebhaft verteidigte Genosse Koske den Parteivorstand, der jedenfalls sehr viel geleistet habe, und die Fraktion, die die parlamentarischen Arbeiten zu leisten berufen sei und die Verantwortung dafür zu tragen habe, die ihr auch der Parteiaussschuß nicht abnehmen könne. Einen schweren Fehler hätte die Fraktion gemacht, hätte sie eine andere Haltung in der Militär- und Steuerfrage eingenommen, als sie es getan habe. Eine Obstruktion war nicht möglich; wer die verlange, verkenne die tatsächlichen Verhältnisse. Mit dem Programm siehe die Haltung der Fraktion nicht in Widerspruch. Bis jetzt habe sich auch noch kein Kritiker der Haltung der Fraktion gefunden, der klipp und klar gesagt habe, was sie denn hätte tun sollen.

Die weitere Aussprache soll in einer zweiten Versammlung fortgesetzt werden. Folgender Antrag fand Annahme: Der Parteitag möge beschließen, die staatliche Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung des Parteitages zu legen.

Mit dem Massenstreik und mit der Bewilligung der Vermögenssteuer sowie des Wehrbeitrages durch die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages beschäftigten sich am letzten Dienstag auch die Arbeiterpartei Genossen anlässlich der Stellungnahme zum Parteitag in Jena. Genosse Parteisekretär Bromme verteilte die Ansicht, daß die russischen und belgischen Methoden des Massenstreiks in Deutschland nicht anwendbar seien, zumal sie nur gewisse Erfolge gebräut hätten, als sie bürgerliche Unterstützung fanden. In Deutschland würde aber ein politischer Massenstreik nicht einmal bei den Liberalen Sympathie finden, die sich noch stets als Feinde der Arbeiterklasse erwiesen hätten. In Deutschland könne man nur durch zähe Organisationsarbeit vorwärts kommen. So lange nur ein durchlässigster Feind der Arbeiter organisiert und grundsätzlich durchgebildet ist, ist der Massenstreik, der als letztes Mittel gelten muß, nicht durchführbar. Genosse Parteisekretär Rehrlein verteidigte warm die Haltung der Reichstagsfraktion anlässlich der Verabschiedung der Dedungsanträge im Reichstage. Gerade dadurch, daß man die Rüstungsindustrie auch zahlen lasse, werte man auf diese erzieherisch und verleihe ihnen den Maulpatriotismus. Grundtätigkeit bedenkten gegen das Verhalten der Fraktion liegen nicht vor. Notwendig sei, daß auf dem Parteitag die Frage der Arbeitslosenversicherung erörtert werde.

Reichstagsabgeordneter Genosse Schwarz bedauerte, daß die Reichstagsfraktion ihren bewährten früheren Standpunkt: diesem System keinen Raum und keinen Frieden verlassen habe. In der Fraktion hätte in dieser Frage große Unklarheit geherrscht, die nur durch Abhaltung von Sonderkonferenzen, die der Parteitag in Chemnitz leider unterlag, hätte beseitigt werden können. Genosse Dr. Schlotter meinte, daß die Führer der Partei zu vorsichtig geworden seien, um große Massenaktionen zu unternehmen. Dadurch sei die Teilnahmebereitschaft der Massen entstanden, die sich anlässlich der letzten Heeresvorlage bedauerlicherweise gezeigt habe. Man müsse etwas wagen, wenn man auch einmal eine Niederlage riskiere. Die Diskussion des Massenstreiks dürfe nicht mehr aus den Versammlungen verschwinden. Die Haltung der Fraktion anlässlich der Steuerbewilligung billige er. Genosse Redakteur Stellung betonte gleichfalls, daß die Bewilligung der Vermögenssteuer unserem Programm nicht widerspreche und daß sie im Interesse der Arbeiter notwendig war. Ein Massenstreik und Preuvenwahlrecht sei Ansum, weil er in Anbetracht der Teil-

nahmslosigkeit, die sich bei den letzten preussischen Landtagswahlen vielfach auch in Arbeiterkreisen gezeigt habe, ohne die gewünschten Früchte bleiben würde. Genosse Redakteur Lütjens hob hervor, daß es unwahr sei, zu behaupten, die Massen seien es, welche gegenwärtig nach dem Massenstreik rufen. Gerade die Massen fehlten in den Versammlungen, in denen einige Befürworter des Massenstreiks für ihren Lieblingsgedanken eintraten. Wöllig verfehlt seien die Angriffe auf die Gewerkschaftsführer, die bei dieser Gelegenheit häufig erfolgten. Gerade das Verantwortungsgelächel leide die Gewerkschaftsführer, die sich vor der Anwendung einer so zweifelhaflichen Waffe, wie der Massenstreik ist, hätten. Denn es sei einfacher, eine Organisation zu zerstören, als aufzubauen. Von einer besonderen Erschlaffung der Arbeiterkraft, auf die jetzt von verschiedenen Genossen hingewiesen worden ist, kann keine Rede sein. Notwendig ist es, die Organisationen zu stärken; erst dann könne man mit Aussicht auf Erfolg große Massenaktionen unternehmen. — Die Versammlung sah davon ab, in Form einer Resolution zu den diskutierten Fragen Stellung zu nehmen.

### Von der P. P. S.

Am 27. Juli fand in Kattowich eine Bezirksversammlung der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei) für den Wahlkreis Kattowich-Jabrze statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der Vereine der P. P. S. in diesem Wahlkreise Ende 1911 12, Ende 1912 18 betrug, die Mitgliederzahl ist in diesem Zeitabschnitt von 695 auf 707 gestiegen.

Die Versammlung nahm Stellung zum bevorstehenden Parteitag in Jena. In der Diskussion wurden sehr heftige Worte gegen die deutschen Genossen gesprochen.

Zum Schluß wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige Konferenz in Kattowich bedauert sehr die letzten von Seiten der deutschen Genossen gegen die P. P. S. gerichteten Angriffe und besonders den durch dieselben Genossen gestellten Antrag zum Parteitag in Jena, weil solche Entgleisungen im höchsten Maße die Entwicklung der Berufsverbände im besonderen und die Entwicklung des Sozialismus im allgemeinen schädigen. Die Konferenz erklärt einstimmig, daß die P. P. S. die Annahme eines solchen Antrages nicht wünscht. Wenn trotzdem der Parteitag in Jena den Antrag aus Oberschlesien annimmt, dann sind für die Folgen, die sich aus einem solchen Beschluß für das obereschlesische Proletariat ergeben werden, diejenigen Leute verantwortlich, die einen solchen Antrag veranlaßt bzw. beschlossen haben.“

Ferner wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Parteitag in Jena wolle beschließen, zum Zwecke der Einheitsliste der Parteibewegung die deutschen Parteisekretäre aus Oberschlesien zurückzuziehen.“

Ohne Diskussion wurde zum Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Kattowich-Jabrze der Genosse Winißkiewicz nominiert.

Ferner wurde beschlossen, im Einverständnis mit den deutschen Genossen ein Flugblatt über die im Reichstage bewilligte Armeevermehrung und über die neuen Rüstungsausgaben herauszugeben.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte den Genossen Rauch von der „Volkszeitung“ in Bittau wegen Beleidigung angeklagt. Dem Lehrer sollte in verletzender Form Schülermishandlung vorgeworfen sein. Mit Genossen Rauch war aber auch zugleich der Verfasser des Artikels angeklagt, der sich als solcher bei einer anderen Gelegenheit dem Staatsanwalt gegenüber bekannt hatte. Der somit bekannte Verfasser galt nun als eigentlicher Angeklagter, während Genosse Rauch vom Bericht der Beihilfe für schuldig erklärt werden sollte. Rauch hatte früher die Aufnahme des Artikels verweigert; die Aufnahme selbst geschah später ohne sein Wissen. Die Verhandlung ergab das denn auch. Der erste Angeklagte bestätigte die von Rauch gemachten Einwendungen und das Gericht mußte zum Freispruch gelangen. Der eigentliche Verfasser erhielt 20 M. Geldstrafe.

## Soziales.

### Kinderarbeit.

Zur Jahre 1908 verlangte der Reichstag Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern in landwirtschaftlichen Betrieben. Diese Erhebungen sind seit 1906 abgeschlossen, bis heute aber noch nicht veröffentlicht. Wann endlich wird die Regierung die Ergebnisse der Enquete veröffentlichen, damit der menschenverwüsten Kinderarbeit reichsgesichtlich entgegengetreten wird? Ist die Wahrheit, die aus den Ergebnissen der Enquete vielleicht entnommen werden könnte, zu entdecken?

In Westpreußen ist jetzt von dem Berichte über die im Jahre 1908 vorgenommene Erhebung über die Erwerbsarbeit von Schulländern der dritte, abschließende Band erschienen. Da inzwischen keine gesetzliche Beschränkung dieser Arbeit erfolgt ist, ist das Material, das die Berichte vieler hundert Schulen über 148 988 arbeitende Schul- und selbst noch jüngere Kinder in allen Teilen des Reiches bietet, noch heute als zutreffend zu erachten. „Das proletarische Kinderelend spricht aus jeder Seite des umfangreichen Werkes“, sagt dazu die „Arbeiterzeitung“, „um so erschütternder, je geringer leider die Aussicht ist, in der nächsten Zeit eine namhafte Verbesserung durchzuführen.“

Die Arbeit beginnt schon vor dem schulpflichtigen Alter. Nicht weniger als 39 Proz. der arbeitenden Kinder beginnen mit dem fünften oder sechsten oder einem noch früheren Jahre. Dabei sind es gar nicht immer leichte Arbeiten: so das Geflügel- und Viehhüten. Viele Kinder sind den ganzen Tag sich selbst überlassen, bleiben infolgedessen in der geistigen Entwicklung sehr zurück. Manche können beim Eintritt in die Schule kaum sprechen.“ Auch bei sonstiger landwirtschaftlicher, aber auch bei industrieller Arbeit werden solche kleine Kinder verwandt, so in der Herstellung von Haarnetzen, Zwirnknöpfen, Spielwaren usw., Arbeiten, die wegen des andauernden Sitzens in vielfach schlecht gelüfteten und belichteten Räumen ungünstig auf die körperliche, teilweise auch die geistige Entwicklung wirken. Insgesamt sind 45,2 Proz. unter elf, rund ein Fünftel unter neun Jahren.

Die Dauer der Arbeit ist sehr beträchtlich. Fast Dreiviertel arbeiten das ganze Jahr über, Vierfünftel mehr als 30 Wochen. In der Landwirtschaft und vielfach der Gastwirtschaft unterbricht der Winter, 42,9 Proz. der Kinder müssen im Sommer und Festtagen arbeiten; besonders häufig ist das im Berggewerbe. Die tägliche Arbeitszeit beträgt mehr als 4 Stunden zurzeit des normalen Unterrichts bei 20 Proz. der arbeitenden Kinder im Winter, 40 Proz. im Sommer. Bei verkürztem Unterricht beträgt der Tag 82,4 Proz. im Winter, 91,7 Proz. im Sommer. Er steigt bis über 8 bei 27,2 bzw. 54,3 Proz. und gar bis über 10 Stunden bei 10,3 bzw. 24,6 Proz. Mit der Schule zusammen haben im Winter die Hälfte, im Sommer fast Dreiviertel mehr als 40, ein Fünftel beziehungsweise ein Viertel mehr als 60 Arbeitsstunden wöchentlich, sofern man nicht in diesen Fällen die Schulstunden als Schlafzeit rechnen will. Dabei arbeitete fast ein Viertel auch zur Nachtzeit, namentlich wieder im Berg- und Schiefergewerbe und in der Heimarbeit (Spigen, Wasperlen, Holzschachteln usw.).

Die gesundheitliche Wirkung solcher Menschenverwüsten läßt sich ermessen. Namentlich bei den industriell tätigen Kindern war die Gesundheit in fast 30 Proz. der Fälle nicht befriedigend. Neben der langen Arbeitszeit wirken zusammen das

viele, oft gebildete Eltern, Staub, Augenanstrengung, alles bei meist schlechter Ernährung. In der Landwirtschaft sind gesundheitliche Schädigungen seltener, jedoch auch vorwiegend, häufiger aber geistige und sittliche. Aus Schlesien kommt die Klage, daß im Frühjahr und Herbst fast die Hälfte der Kinder nicht zur Schule geht. Aus Böhmen wird als Wirkung einer um 5 und selbst 4 Uhr beginnenden ländlichen Arbeit berichtet: „Die Kinder kommen ganz erschöpft in die Schule und zeigen kein Interesse beim Unterricht. Sie ruhen während der Unterrichtszeit aus.“

90 Proz. arbeiten bei ihren Eltern und Verwandten. Im Wirtschaftsbereich, als Aussträger usw. sind meist fremde Kinder beschäftigt, laufende auch bei Bauern und Gutsherren. Zahlreich sind auch die Wanderarbeiter, so im böhmischen Hopfengebiet. Die Kinder bleiben hier vier, in Steiermark drei bis sechs Wochen bei der Hopfenernte. Ähnlich im Frühjahr und Herbst im Südböhmen. Viele gehen ins Ausland: von Galizien nach Deutschland, ja bis Schweden und Rumänien. 102 Schulen berichten über Jungbrüche und Jungbirnen, die als Diensthöten, namentlich die „Schwabenkinder“, die aus Tirol nach Württemberg usw. gehen und für die in Friedrichshafen und Wangen ein richtiger Markt besteht. Ueber die Leberarbeit und sittliche Gefährdung vieler dieser jungen Diensthöten wurde schon öfter berichtet.

Auch sonst hört man mancherlei über Schädigungen der Arbeit und die Not, aus der sie hervorgeht. So heißt es aus Mähren: „Das Fransen der Lächer wird von Frauen und Kindern zu Hause betrieben und ist eine geradezu schädliche Arbeit. Die Kinder müssen, kaum aus der Schule gekommen, an den fettigen Lächer mit den Händen Fransen drehen und sitzen oft bis 10 Uhr abends und länger. Morgens müssen viele wieder an die Arbeit, bevor sie zur Schule gehen.“ Und von den Webern im niederösterreichischen Waldviertel: „Die Bauern sind mit wenigen Ausnahmen gut gestellt, dafür geben die meisten Weber ein trauriges Bild des Weberlebens. Viele Kinder, sehr wenig Verdienst. Vom frühesten Morgen bis zum spätesten Abend sitzt der Vater beim Webstuhl, die Kinder spielen, die Mutter kocht das lärgliche Essen, Kartoffel und Wasserluppe; die ganze Familie zusammengespreizt in der kleinen niedrigen Stube, die Verkleidung, Küche, Wohn- und Schlafzimmer bildet. Da heißt es bei den Kleinen bald mitarbeiten.“

So erzählt die Erhebung von bitterem Elend weitester Arbeiterschaften, vor allem dem traurigsten: dem Elend zahlloser Kinder, das einen breiten Schandfleck unserer gekümmerten Kultur bildet. — Steht es in Deutschland besser?

#### Konkurrenzklausel gegen Minderjährige.

Leider besteht in Deutschland noch kein Verbot der sogenannten Konkurrenzklausel, das heißt der Vereinbarung, durch welche der Arbeiter für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewöhnlichen Tätigkeit beschränkt wird. Einige völlig unzulängliche Bestimmungen solcher Beschränkung der Arbeit Arbeitswilliger sind nur Handlungshelfer und Werkmeister gegenüber gegeben. Unter allen Umständen nichtig erklärt das Gesetz eine Konkurrenzklausel, wenn der Handlungshelfer oder der Werkmeister zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist.

Dieser Tage spielte vor der ersten Kammer des hiesigen Kaufmannsgerichts ein Fall, in dem es sich um die Frage drehte, ob solch nichtige Vereinbarung nach erreichter Großjährigkeit wieder auflebt. Diese Frage ist natürlich verneint worden. In dem betreffenden Streitfall hatte ein Lampenfabrikant mit dem Beklagten, der beim Engagement 17 Jahre alt war, die vertragliche Abmachung getroffen, daß er nach Verlassen der Firma bei Wiedereinstellung einer bestimmten Geldstrafe in kein Konkurrenzunternehmen eintrete. Bei erlangter Volljährigkeit wurden insofern neue Vereinbarungen getroffen, als Beklagter Gehaltssteigerung erhielt und in einen Gehaltsvertrag im Krankheitsfall willigte. Die Frage des Konkurrenzverbotes wurde nicht aufs neue berührt.

Der Fabrikant war nun der Ansicht, daß die Konkurrenzklausel nichtig sei, weil er sie nicht in Kraft trete. Der Angeklagte dagegen meint, es hätte eine neue Vereinbarung getroffen werden müssen. Er hätte sich auch nach erlangter Volljährigkeit dem Zwange der Konkurrenzklausel nicht wieder unterworfen.

Das Kaufmannsgericht wies die Klage auf Zahlung der Konkurrenzklauselstrafe ab. Mit Recht. Ein nichtiges Rechtsgeschäft kann nie wieder lebendig werden, am wenigsten durch „Willschweigende“ Vereinbarung, und eine Konkurrenzklausel kann nicht willkürlich vereinbart werden, sondern bedarf ausdrücklicher Willensbereinstimmung.

### Aus Industrie und Handel.

#### Omnibus — Straßenbahn.

Ueber die Gründe der Erwerbung von Omnibusaktien äußert sich die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn nach dem „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen:

Schon seit Jahren hat die Verwaltung der Straßenbahn das Anwachsen des Autobusverkehrs in der City aufmerksam verfolgt, der ihr doch immerhin recht unangenehme Konkurrenz bereite; sie habe daher gern die sich bietende Gelegenheit ergriffen, durch Erwerb eines Teiles des Aktienkapitals der Omnibusgesellschaft einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Das gleiche gelte von der Hochbahn. Den neu gewonnenen Einfluß werden die beiden Gesellschaften, wie uns weiter erklärt wird, keineswegs dazu ausnutzen, die Omnibusgesellschaft zu unterdrücken. Das würden ja schon die übrigen Aktionäre, die noch 4,8 Millionen Mark Aktien besitzen, sowie vor allem das eigene Interesse verhindern, da ja den beiden Gesellschaften an einer guten Verzinsung ihrer in die Omnibusaktien gestellten Mittel liegen müsse. Im Gegenteil ist die Straßenbahnverwaltung der Ansicht, daß auch die Omnibusgesellschaft von der neuen Konstellation Vorteile haben werde. Die beiden Gesellschaften würden auf der nächsten Generalversammlung der Omnibusgesellschaft Vertreter in deren Aufsichtsrat wählen lassen, die ihren Einfluß auf einen gewissen Ausgleich geltend machen werden. In erster Linie solle in Zukunft verhindert werden, daß die Omnibusgesellschaft eine Konkurrenzlinie eröffne, durch die ihr nur ein kleiner Nutzen, einer anderen Gesellschaft aber ein zehnmal so großer Schaden entstünde, und umgekehrt. Ferner sei eine gewisse Vereinheitlichung der Tarife, der Fahrpläne usw. geplant. Weiter sollen Maßnahmen zur besseren gegenseitigen Zuführung von Fahrgästen getroffen werden, neue Zuführlinien geschaffen, einzelne bestehende verschmolzen, angegliedert oder fallen gelassen werden. — Wenn die Verwaltung weiter verfährt, das Publikum könne auf jeden Fall ohne Sorge sein, die Transaktion werde ihm in keiner Weise eine Verschlechterung, sondern nur Verbesserungen bringen, so muß diese Versicherung mit Skepsis aufgefahrt werden. In erster Linie soll doch die neue Interessengemeinschaft dazu dienen, die Gewinne der drei bestehenden Gesellschaften zu erhöhen. Die Ausschaltung der bisher bestehenden Konkurrenz in den Fahrpreisen ist aber unermesslich mit Verteuerungen für das Publikum — die Verwaltung nennt das eine Vereinheitlichung der Tarife — verbunden.

Das Schlachtfeld als Reklame. Eine Berliner Zigarettenfabrik verleiht ihren Rauchern folgendes: „Die Tabaknot ist die unvermeidliche Folge des Balkankriegs. Um die Oststaaten Rumänien, Serbien, Bulgarien herum, deren Felder den besten Tabak für Qualitätszigaretten liefern, hat der Kampf am stärksten gewütet. Die Tabakfelder sind verwüstet, ihre Produktion schwer getroffen; Ersatz läßt sich nicht schaffen. Nur in überreichen Vorratslagern, zu Friedenszeiten vorräthig angehäuft, liegt jetzt das Heil derjenigen Fabrik, die nach wie vor den hohen Standard ihrer Qualitäten aufrechterhalten will. Solche Vorratslager des besten südungarischen Tabaks hat die Zigarettenfabrik . . . noch vor dem Kriege durch direkten Einkauf angehäuft und nach Berlin

geschafft. Sie ist auf Jahre hinaus bezorgt und bietet allen Rauchern die sicherste Gewähr ununterbrochen bester Qualitäten.“ — Kapitalistische Profitgier treibt selbst mit dem Blute der Gefallenen Reklame.

Die Eisenproduktion Deutschlands und Luxemburgs war im Juli d. J. höher als je in einem Monate dieses oder des Vorjahres. Sie betrug insgesamt 1,047 Millionen Tonnen gegen 1,008 Millionen Tonnen im Juni 1913 und 1,506 Millionen Tonnen im Juli 1912. Die Erzeugung während der Monate Januar bis Juli 1913 stellte sich auf 11 214 548 Tonnen gegen 10 070 348 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

### Verfammlungen.

Verband der Bureauangestellten. Am Mittwoch fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung aller Krankenkassenangehörigen Groß-Berlins statt. P a t i l o c h erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin wegen Uebernahme der Angestellten der nicht zugelassenen Kassen. Das Resultat war die Mitteilung, daß die Uebernahme der Angestellten der geschlossenen Kassen als gesichert angesehen werden kann, und zwar auch die ohne Vertrag angestellten, sofern sie nach dem Tarifvertrag Anspruch auf Anstellung haben. Die übrigen Hilfsarbeiter sollen je nach dem Dienstalter, nach Fähigkeiten und Bedürfnis, und die nur für die Urlaubszeit angestellten je nach Bedarf berücksichtigt werden. Der Referent erklärte, daß man im großen und ganzen mit dem Resultat zufrieden sein könne. — In der alten Maschinenbauerkasse, die geschlossen wird, sind sämtliche Angestellte bereits gekündigt worden. Die Zulassung der Adlershofer Ortskrankenkasse hat der Vorstand widerrufen.

In diesem Jahre wird der Verband der Bureauangestellten einen Kursus für die Angestellten in Verwaltungsfragen abhalten. Nach diesem Bericht referierte Reichstagsabgeordneter G i e b e l über die Grundzüge einer Musterdienstordnung, die die nationale Kassenangeestelltenorganisation ihren Mitgliedern zur Durchführung empfiehlt. Redner betonte durchaus das Bestreben dieser Organisation, den Kassenangestellten den Charakter als Staatsbeamten zu erwirken. Die Kassenangestellten sollten sich nicht darauf kaprizieren, Staatsbeamter zu werden. Wenn diese Bestrebungen auch wenig Erfolg haben werden, so sei es doch nötig, schon von vornherein derartigen schädlichen Wünschen entgegenzutreten.

Im übrigen ging der Referent die einzelnen Positionen des Entwurfs durch und zeigte mit erschöpfender Sachkenntnis, wie unannehmbar alle diese Wünsche für uns sind. Es gelte, das Zusammengehörigkeitsgefühl mehr wie bisher zu stärken, um der Ministerarbeit der Nationalen erfolgreich entgegenwirken zu können. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

### Deutscher Bauarbeiter - Verband.

Zweigverein Berlin.

#### Gruppe der Gipsbranche.

Heute Freitag, den 8. August, abends 8½ Uhr, findet in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, eine

#### Gruppen-Versammlung

statt. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Gruppenleitung.

### Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

#### Einsetzer.

Die Bezirks-Sitzungen finden diesmal ausnahmsweise Sonntag, den 10. August 1913, in den bekannten Lokalen statt. Die Bibliothek ist vom Donnerstag, den 7. August, ab geöffnet. Die Ortsverwaltung.

### Dr. Simmel Reuters Werke

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, direkt am Moritzplatz. 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

#### Zigarrengeschäft.

Louis Hahn, Hochstädter Str. 10.

#### Milo.

Russischer Augentabak, hervorragender Schnupftabak gegen Trockenheit der Nase u. Kopfschmerzen. Zu beziehen durch den Zigarrenhandel. Generalvertrot. f. Deutschl.: S. Rund, Berlin, Wollenborsstraße 9.

Offertiere in nur frischer, schöner Ware! Nur ein Preis! Fette, junge

#### Gänse 75 Pf.

7-12 Wd. schwer. Nur allererste Qualität! Gänserümpfe, halbe Gänse. Fette Suppenböckner, junge Brathühner. F. Wegner, Berlin SO. nur Mariannenstr. 34.

#### Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher

hält stets am Lager Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 60.

### Todes-Anzeigen

#### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsgeschäfte Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Robert Noack, Rentier, Bergstr. 110/111, am 4. d. M. an Herzschwäche gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Väterbühnenkirchhofes in Rentier, Hermannstraße, aus statt. Reges Betheiligung erwartet. 128/9 Die Ortsverwaltung.

#### Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener Johann Münzer

am 5. d. M. im Alter von 32 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes, Reichardtstr., aus statt. Die Bezirksverwaltung.

#### Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Berlin I. Nachruf. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Max Wurche am 4. August nach kurzem, aber schwerem Leiden im 33. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

#### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und Vaters

Ernst Mickley lagen mir diesmal allen Freunden und Bekannten unfernt verglichen Dank. Die Urbestattung wurde

Mickley und Sohn, Genies, Nordbahnstraße 2.

#### Sozialdemokratischer Wahlverein

i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise. Köpenicker Viertel, Bezirk 182 I.

Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer Emil Mohr

Holdensteinstr. 7, gestorben ist.

Ehree seinem Andenken! Die Beerdigung fand am Montag statt. 218/7

Der Vorstand.

#### Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes Willi Kost spreche allen Freunden und Bekannten deselben, insbesondere den Kollegen von der Firma der Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft, den Genossen und Genossinnen des Wahlkreises von Rosenthal I und den Kollegen vom Metallarbeitermeinen herzlichsten Dank aus.

Hedwig Kost.

#### Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Versicherungsbeamten Franz Lüdecke, sage ich

hiermit allen Verwandten und Freunden, sowie dem Sozialverein, Bezirk 812a, der Firma B. Bod, dem Personal der Redaktions- und dem Sparverein „Leerer Beutel“ meinen herzlichsten Dank. Witwe H. Lüdecke.

#### Dankfagung.

Für die Kranzpenden und herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Elisabeth Böse sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie Genossinnen und Genossen des Sozialvereins, dem Kollegen der Wkt. Bezirk auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Bernhard Böse nebst Kindern, Berlin, Wolowitschstr. 5, 6. August 1913.

#### Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden) Ansichtskarten vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl. Stück 5 Pf.

#### Wasche mit Henkel's Bleich-Soda.

Billig! Billig! Verkauf umständehalber in Buch Parzellen. Näh. Garbke, Dänische Str. 71, ob. Krause, täglich Bahnhofrestaurant Groll, Bahnhof Buch. 14522

#### Dr. Rud. Weil's Hafermark

macht Buben u. Mädchen stark. Nicht nur wissenschaftliche Erwägungen, sondern auch ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermark schätzen gelehrt. Kein anderes Haferpräparat übertreffe an Wohlgeschmack, Nährwert, Bekömmlichkeit und schneller, einfacher Zubereitung Dr. Rud. Weils Hafermark. Eine aus Dr. Rud. Weils Hafermark bereitete Kost bewährt sich als das sicherste Stärkungsmittel. Schwächliche, hagere Personen kann man mit dieser Kost binnen kurzer Zeit „herausfüttern“. Bleichsichtige junge Mädchen, kränkelige Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder blühen förmlich auf, wenn sie mit Dr. Rud. Weils Hafermark ernährt werden. Preis: In Originalpaketen Pfd. 40 Pf. — Gebrauchsvorschrift auf den Paketen. Man achte darauf, das echte Dr. Rud. Weils Hafermark zu erhalten. Zu haben in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend oder im Generaldepot: D. MADER, Berlin S., Prinzenstr. 86.

#### Eröffnung der Gänse-Saison.

Oderbruch-Gänse. Bratgänse Stück v. 4.50 an. Rümpfe 2.75, 3.00, 3.25, 3.50 bis 7 Mk. Gänseklein, Keulen, Leber, Stückenfleisch. Ia Gänsefleisch, garantiert rein Pfd. 1.40. Gänseleber und Hautfett. Ia fette Suppenhühner 2.50, 2.75, 3.00 bis 4.00. Brathühner, junge Hühner, Tauben, Enten sowie alle Fleischwaren und Aufschnitt in bekannter guter Qualität.

Max Schönwald, Luckauer Straße 1. Filialen: Barbarossaplatz 2, Metzstraße 53, Flensburger Straße 19.

Theater.

Freitag, den 8. August 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern (Kroll). Die Meisterfänger von Nürnberg.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Streifzüge durch Norwegen.
Schiller O. Roma Banna.
Weiten. Edelherz Schäfer: Das starke Stück. Ein angebrochener Abend.

Sachse-Oper
Schiller-Theater O. Theater.
8 Uhr:
Monna Vanna.
Deutsches Schauspielhaus
8 1/2 Uhr: Das Bummelmädchen.
Kroll-Oper
7 1/2 Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Sonnabend:
Der Niegende Holländer.
Theater des Westens.
8 Uhr:
Sylvester Schäfer.
Vorher: Ein angebrochener Abend. — Das starke Stück.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ensemble-Waltspiel.
Leitung: Luz u. Debat.
Die Waise aus Lowood.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Varienbühne:
Achtung! Es geht los!
Große Volks. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorher Konzert. Einakter. Dum. Teil.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 10. August 1913
Grosses Kinderfest
in Mentos Volksgarten, Lichtenberg, Röderstrasse 28-29
Preis-Kegelschieben :. Unterhaltungsspiele für Kinder
mit Verteilung von Bonbons. Geleitet von Turnerinnen. 216/6\*
Kaffeekochen :. Konzert :. Spezialitäten :. Tanz
Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon für Stocklaterne und Karussell gratis
Billet 25 Pf., Vorverk. 20 Pf. :. Kinder frei :. Eröffnung 2 Uhr

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Dronowski.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
Freitags: Frei-Konzert.
bei freiem Entree.

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonnabend, den 9. August 1913:
Grosses Sommer-Fest
zur Feier des 30. Stiftungsfestes
in den
Gesamträumen der Aktienbrauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Konzert \* Theater u. Spezialitäten-Vorstellung \* Kasperle-Theater
Anfr. des Berliner Uk-Trio \* Kinder-Fackelzug \* Kinematograph
In den Silen: Großer Sommernachtsball bei doppelt besetztem Orchester.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Alle Mitglieder nebst Familie sowie Freunde und Bekannte sind hierdurch ergebenst eingeladen.
Anfang des Festes 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Der Vorstand.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Jeden Freitag:
Der Verschwander.
Zauberhafte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Raimund.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Kassieröffn. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Voranzeige! Dienstag, d. 19. August:
Benefiz für den Balletmeister Tagliani.

Passage-Panoptikum
Die Offenbarungen der Traumalerin
Frau Assmann,
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Berliner Prater-Theater
7-9 Kottbuscher-Allee 7-9.
Täglich:
Das Bummelmädchen
Gr. Ausstattungsp. in 4 Akte v. M. Dreyer
Musik von Hirsch und Schreier.
Grüßlich. Spezialitäten, Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Morgen Sonnabend:
Schönheits-Konkurrenz
im
LUNA PARK
mit 3 wertvollen Preisen.
Riesen-Brillant- und Front-Feuerwerk.
Feenhafte Parkbeleuchtung!
Militär-Konzert!

Neue Welt
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Täglich:
Gr. Konzert u. Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Voranzeige! Morgen Sonnabend, den 9. August:
Großer Sommernachtsball.
Anfang 9 Uhr. Anfang 9 Uhr.

Tischler-Verein
(E. H. 80).
Sonntag, den 10. August:
Gr. Dampferpartie
mit Musik
nach Müggelheim.
Besichtigungen aller Art. Gastkarten a 1.25 R. (Kinder frei) sind bei den Vorstandsmitgliedern und Sonnabend abends von 8-10 Uhr im Gewerkschaftshaus (Restaurant) zu haben. Abfahrt: Brandenburger Ufer früh 7.15 Uhr, Schleißisches Tor (Hofbahn) 7.30 Uhr.
288/13 Der Vorstand.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bollmannstr. 20/23.
Freitag, den 8. August 1913:
Muttersegen.
Schauspiel mit Musik in fünf Akten und das sehenswerte, erstklassige Spezialitäten-Programm.
Anfang 4 Uhr.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
Flirt in St. Moritz.
Wiederaufr. der kleinen Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Paul Obiglos
Konzert- und Festsäle
Koppenstr. 29
Königsstadt 4314. Vormalis Kellier.
Empfehle den werten Vereinen und Gewerkschaften meine 200 bis 2000 Personen fassenden Festsäle. Drei elegante neuerrbaute Kegelbahnen nach Verbandsvorschrift.
Der große Saal ist im Monat November Sonnabends und Sonntags freigegeben.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (außerdem fettgedruckte Worte).
Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf.
Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche, hochlegant, mit feinen Farbsehnen, enorm billig.
Vorlagen 0,95, Läuferstoffe alle Breiten.
Vorwärtsleiter noch 5 Prozent Extrarabatt.
Teppichhaus Georg Lange Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Gardinen, Storen, Bettdecken, von 1,95 an.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Blüschportieren, Leinenportieren, von 3,75 an.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Vorjährige eleganteremanzüge und Valetots aus feinsten Raystoffen.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Teppiche (leberbraun) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Wandertafeln und Bücher, Reisebücher, Kuchbücher, alles neu und billig.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Gardinen! Steppdecken! Portieren!
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Spandierhaus Hermannplatz 6.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Teppich-Thomas, Drantenstr. 106.
Kaufhof, Schauffstraße 73/74.

Bettenhandlung, Brunnenstr. 70, im Keller.
Teppiche, Vorhänge, Portieren, Gardinen, Blüschdecken, Diwanddecken, Möbelstoffe, Läuferstoffe, Vorwärtsleiter, Conrad Fischer, Vorwärtsleiter Extrarabatt.
Damengarderobe, Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Kleingemerkte Douce-Teppiche, Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Monatsanzüge und Sommerpaletots, Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Leihhaus Moritzplatz 58a, Kaufhof, Schauffstraße 73/74.

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billig.
Geschäftsverkäufe.
Zaragoza, in guter Lage, billig zu verkaufen.
Obst, Gemüsegeschäft, Kaufhof, Schauffstraße 73/74.
Möbel.
Möbel auf bequemem An- und Abzahlung.
Wer Möbel reell und dabei billig kaufen will!
Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reklameneinrichtungen in gediegener Arbeit an Reklamentende auch auf Teilzahlung und bietet Parteimitglieder um Betrag der großen Lager Niedrige Anzahlung.
Möbelhandlung, Kaufhof, Schauffstraße 73/74.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Büttchen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreierkollierung, auch Waren aller Art.
Schlafzimmer, echt Eiche, Schrank dreiflügelig, komplett mit Patentmattagen 335,- für Verlobte enorm günstig.
Musikinstrumente.
Pianos, großes, freistehend, 120,- (einst. Teilzahlung).
Bilder.
Bilder, Sie kaufen Bilder nirgend billiger als direkt hier!
Fahrräder.
Fahrradbetrieb, 'Groß-Berlin', reelle und billige Bezugsquelle.
Freilauf, 20,-, Herrenfahrrad, neuerhalten, Damenfahrrad 25,-, Kraus, Andreasstraße 54.
Kaufgesuche.
Platinabfälle, Gramm 5,50, Allgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Duedsilber, feinstes Goldblech, Schmelzer, Auguststraße 19 III.

Goldschmelze, feinstes Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Duedsilber, Stanniol, alle Metalle, höchstgütig, feinstes Goldblech, Schmelzer, Auguststraße 19 III.
Zahngebisse, Goldschmelze, Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Duedsilber, Stanniol, alle Metalle, höchstgütig, feinstes Goldblech, Schmelzer, Auguststraße 19 III.
Zahngebisse, Gold, Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Duedsilber, Stanniol, alle Metalle, höchstgütig, feinstes Goldblech, Schmelzer, Auguststraße 19 III.

Vermietungen.
Vorteilhaft zum 1. September eventuell später billig zu vermieten.
Mietsgesuche.
Handwerker sucht einfache Schlafstelle.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stellenangebote.
Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache.
Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Gütshausstr. 81.
Patentanwalt Bessel, Gütshausstr. 81.



Gewerkschaftliches. Grobe Verdächtigung.

Die Ausstellung der Gewerkschaften in Leipzig ist den Scharfmachern ein Dorn im Auge. Die bekannte „Arbeitgeber-Ztg.“ bezeichnet sie als eine „Förderung der Umsturzbewegung“.

Für meine erste Frage spricht meine persönliche Erfahrung bezüglich eines Maschinenarbeiters, welcher an der rechten, vollständig verkrüppelten Hand nur zwei bis drei fingerartige Gliedmaßen hatte, jedoch trotz dieser argen Verletzungen als Vollarbeiter mit dem Anspruch auf vollen Lohn auftrat.

Daß die Gewerkschaften in der Lage sind, die einzelnen Fälle als Unfallsfolgen auszuweisen, versteht sich am Rande. Daran zweifelt auch wohl der Herr Einsender — der übrigens seinen Namen verschweigt — nicht.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsnachweis im Hamburger Malergewerbe.

Die Arbeitsvermittlung im Hamburger Malergewerbe war seit langen der Gegenstand von Streitigkeiten zwischen den Malergehilfen und ihren Arbeitgebern. Im neuen Reichstaxi haben für das Malergewerbe die Bestimmungen über die Arbeitsnachweise eine neue Fassung erhalten.

Kleines feuilleton

Der Feind. An der deutsch-französischen Grenze, bei Reviernmont, sind auf lebungsarmen deutschen und französische Soldaten zusammengetroffen: französische Jäger und deutsche Infanteristen.

Merkwürdig, nicht wahr? Die sich morgen schießen werden, weil das (sagen wir) Vaterland es will, begegnen sich hier.

Wahrscheinlich, Arbeiter, gewöhnliche Leute, die außer ihrer Uniform durchaus nichts außerordentliches an sich haben, marschieren sinnlos im Lande auf und ab, in der ausgesprochenen Absicht — und die ist immerhin sinnlos — dem „Feind“, wenn es nötig ist, Wei in den Bauch zu schießen.

Aber es ist kein Ernst. Es ist nur Spaß. Oder man kann auch sagen, daß es „nur“ Frieden sei. Also ist man höflich: die Herren Offiziere, die ihre ganze Existenz nur der Angst vor „dem da draußen“ verdanken, salutieren, vollführten Bewegungen mit ihren Waffen, die für den anderen bestimmt sind, Bewegungen, die wir nicht verstehen, die aber wahrscheinlich eine Ehrung bedeuten, — und man entfernt sich voneinander.

Das war der Feind. Die Jungens haben sich gegenüberstanden — aber keiner wird eine unterdrückte Wut gezeigt haben, — ja, sie auch nur empfunden haben. Denn was hat ihm der Kollege getan, der bei einem anderen Weisler gearbeite hat? Der Feind? — Am liebsten ginge man hinüber, betastete die andersgearteten Uniformstücke und machte ein Schwätzchen.

Aber hier unterdrückte man die gleichgültige Sympathie, die man für seine Mitmenschen hat, die einem unverzüglich draußen begegnen, — und marschierte achtungsvollen Kopf und Absicht. „Der Feind.“

Jener Grenzvorfall zeigt, wie blödsinnig die Idee des Krieges ist. Der Krieg ist keine Idee, schreiben sie, der Krieg ist eine Tatsache, mit der man zu rechnen hat.

Aber der Frieden ist auch eine Tatsache. Und daß sie mit der zu rechnen haben, — dies zu zeigen, ist eine unserer Aufgaben.

Das sibirische Eismeer als Handelsstraße. Als Nordenskiöld im Jahre 1875 das als „Eisfelder“ bezeichnete Karische Meer zum ersten Male bis zur Jenisseimündung durchfuhr und so den ersten Teil der Nordostdurchfuhr bezwang, deren völlige Ueberwindung ihm erst drei Jahre später gelingen sollte, entstand sofort der Plan, diesen neuen Weg nach Sibirien als Handelsstraße auszunutzen.

Arbeitsnachweis vor allem benutzt wird. Bei der Einrichtung und Verwaltung stehen beide Parteien der Patriotischen Gesellschaft zur Seite. Den Arbeitsvermittler stellt die Patriotische Gesellschaft. Die Vermittlung erfolgt für Betriebe und Arbeiter, die die Bestimmungen des Tarifvertrages für sich als bindend anerkennen.

Zur Hamburger Werftarbeiterbewegung.

Für die nicht bezugsberechtigten Streikenden wurden am Dienstag im Bezirkabend in 39 Bezirken der Partei 820 M. gesammelt, außerdem gingen 100 M. von dem Personal des „Hamburger Echo“ und 20 M. von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ein.

Tarifabschluß für das Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe.

In den Tagen vom 4. bis 6. August haben im Berliner Papierhaus Verhandlungen stattgefunden zwecks Abschluß eines neuen Tarifs. Der bisherige Tarif läuft am 31. Dezember 1913 ab. Von beiden Parteien waren Änderungsanträge gestellt, die sehr auseinandergingen, weshalb die Aussicht recht zweifelhaft war, einen neuen Tarif abzuschließen.

Ausland. Aus der Arbeiterbewegung in Rußisch-Polen.

Die russisch-polnische Arbeiterbewegung weist auch im Jahre 1913 eine rührige Tätigkeit auf. Die Zahl der Streiks und Teilnehmer überstieg die betreffenden Zahlen der beiden vorausgegangenen Jahre um das Zwei- und Dreifache.

Diese Streiks verteilen sich auf 30 Berufsweige. Die größten Teilnehmerzahlen weisen die Industriestädte Lodz mit 20 000 und Warschau mit 18 000 auf. Die an der Metallindustrie Beteiligten sind nicht mit eingerechnet. Die Zahl würde sonst insgesamt 100 000 erreichen.

Die große Zahl verlornener oder nur mit teilweisem Erfolg gekrönten Streiks ist darauf zurückzuführen, daß die Bewegungen schlecht oder gar nicht organisiert waren. Sie wurden ohne jegliche Verständigung und Vorbereitung herbeigeführt; es fehlte auch jede Führung.

Bei 38 Streiks über die Dauer derselben nachstehende Daten vorhanden: 19 Streiks dauerten einige Tage, drei 1—2 Wochen, acht 3—7 Wochen, fünf 8—10 Wochen, vier 20 Wochen.

Das Unternehmertum ist sehr gut organisiert. So kam es auch, daß die Vereinigung der Metallindustriellen bei vielen Vereinbarungen die Bedingungen diktiert konnte. Außerdem haben die Unternehmer eine willige Stütze an den Behörden.

Der Textilarbeiterstreik in Katalonien.

Die amtlich festgestellte Zahl der Streikenden beträgt in Barcelona 26 445, an anderen Orten 27 573. Der Gouverneur von Barcelona hat den Führern der streikenden Textilarbeiter die Vermittlung der Regierung zugesagt und eine Herabsetzung der Arbeitszeit versprochen.

Der Tunnelarbeiterstreik in der Schweiz ist unter Mitwirkung des solothurnischen Regierungsrates Schöpfer durch eine Verständigung zwischen den Streikenden und der Unternehmung beendet worden. Es wurde eine 5prozentige Lohnerhöhung zugesprochen, ebenso die Wiedereinstellung der Streikenden, soweit sie nicht „strafrechtlich verfolgt“ sind.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G.) Hamburg. Filiale Baumhulsenweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 9. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Kirchhofstraße 22, lalliert wird.

sicht, zu deren Beratern Fritzjof Ransen gehört und die von der russischen Regierung unterstützt wird. Die vorbereitende Expedition, die Fritzjof Ransen selbst führt, wird in der aller-nächsten Zeit von Vardö abfahren.

Die Expedition, die Fritzjof Ransen selbst führt, wird in der aller-nächsten Zeit von Vardö abfahren. Ransen wird sein Hauptaugenmerk auf dieser Nordostdurchfuhr wissenschaftlichen Zwecken, vor allem der Erforschung der Meeresströmungen zuwenden. Sollte sich wirklich eine dauernde — natürlich nur auf wenige Monate des Jahres sich erstreckende — Verbindung der Jenisseimündung mit den europäischen Ozean bewerkstelligen lassen, so würde das für die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens von außerordentlicher Tragweite sein.

Die Expedition, die Fritzjof Ransen selbst führt, wird in der aller-nächsten Zeit von Vardö abfahren. Ransen wird sein Hauptaugenmerk auf dieser Nordostdurchfuhr wissenschaftlichen Zwecken, vor allem der Erforschung der Meeresströmungen zuwenden. Sollte sich wirklich eine dauernde — natürlich nur auf wenige Monate des Jahres sich erstreckende — Verbindung der Jenisseimündung mit den europäischen Ozean bewerkstelligen lassen, so würde das für die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens von außerordentlicher Tragweite sein.

Jonas Nield meint, die bisherigen Versuche, diesen neuen Verbindungsweg nach Sibirien zu erschließen, seien deshalb gescheitert, weil man ohne genügende Sachkenntnis oder auch ohne genügenden finanziellen Rückhalt vorging. Ganz besonderen Wert legt er darauf, daß neuerdings die russische Regierung Stationen für drahtlose Telegraphie längs der sibirischen Nordküste errichtet hat.

Jonas Nield meint, die bisherigen Versuche, diesen neuen Verbindungsweg nach Sibirien zu erschließen, seien deshalb gescheitert, weil man ohne genügende Sachkenntnis oder auch ohne genügenden finanziellen Rückhalt vorging. Ganz besonderen Wert legt er darauf, daß neuerdings die russische Regierung Stationen für drahtlose Telegraphie längs der sibirischen Nordküste errichtet hat.

Tiere als Gefahrmeier in Bergwerken. Es ist bekannt, daß kleine Tiere — Bögel wie Säugtiere — gegen Kohlenoxyd viel empfindlicher sind als der Mensch, und aus diesem Grunde können sie in Bergwerken als Gefahrmeier ebenso verwendet werden, wie es in Unterseebothen geschieht.

Tiere als Gefahrmeier in Bergwerken. Es ist bekannt, daß kleine Tiere — Bögel wie Säugtiere — gegen Kohlenoxyd viel empfindlicher sind als der Mensch, und aus diesem Grunde können sie in Bergwerken als Gefahrmeier ebenso verwendet werden, wie es in Unterseebothen geschieht.

Notizen.

Eine irreführende Flagge. Seitdem es öffentlich bekannt wurde, daß die Vereine „Freie Volkshäuser“ und „Neue freie Volkshäuser“ sich zu praktischer Tätigkeit fortentwickelt haben, tauchen unter der Bezeichnung „Vereinigte Volkshäuser“ und „Volkshäusernationalrat“ Notizen in der Presse auf, die ein Berliner Theaterunternehmer versendet, der wohl den Wunsch hat, nicht nur in einem, sondern in zwei oder mehreren Theatern Geschäfte zu machen.

Theaterchronik. Herbert Eulenburg hat dem neuen Direktor des Kleinen Theaters, Dr. George Altmann, das Berliner Vorrecht auf seine gesamte dramatische Produktion für die nächsten Jahre vertragmäßig zugesprochen. — Graf Hülken läßt alle Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt dementieren. Er bleibt. Das System der Posttheater ist mit seiner Wirtschaft durchaus einverstanden.

Sammlung von Volkswesen. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat den Mitgliedern des Städtetages einen Aufruf übermittelt, der die Sammlung alter ortseigentümlicher musikalischer Weisen bezweckt. Wertvoller deutscher Kulturbesitz soll dadurch vor dem Untergang geschützt werden.

Heilung von Schwerhörigkeit. Der Braunschweiger Arzt Dr. Hamm hat der „Lumikan“ zufolge zur Heilung vieler Fälle von Schwerhörigkeit, die als Folge von Mittelohrerkrankungen zurückbleiben und bisher als unheilbar galten, ein von ihm gefundenes neues Mittel mit Erfolg angewendet. Es besteht in einer Durchdringung des Ohrs mittels elektrisch erzeugter Wärmestrahlung. Das hierbei benutzte Instrument wird „Diatherm“ genannt.

Verdi als Geschichtsschreiber. Zu Verdis hundertstem Geburtstag soll der gesamte Briefwechsel des großen Komponisten herausgegeben werden. In seinem Nachlaß hat sich, wie jetzt erst bekannt wird, das vollständige Manuskript einer „Geschichte der Päpste“ vorgefunden. Sie dürfte aus den Stimmungen der italienischen Einheitsbewegung heraus geschrieben worden sein, an der Verdi 1861 als Parlamentsdeputierter für Parma teilnahm. Aber Verdi, der Gut und Schicksal einigermaßen zu unterscheiden wußte, sah von der Veröffentlichung ab. Das sollte die Nachlassverwalter zur Vorsicht mahnen.

Ein weiblicher Weltkämpfer. Die älteste bisher bekannte Erzählung von der Schöpfung der Welt wurde von Dr. Arno Boedel auf einem Tafelchen entziffert, das vor einigen Jahren bei den Ausgrabungen in Nippur gefunden wurde. Das Tafelchen, das der Pennsylvania-Universität gehört, stammt aus der Regierungszeit von Hammurabi, etwa um 7000 v. Chr. Der Bericht klingt wie eine neue Fassung der biblischen Schöpfung, doch mit dem wichtigsten Unterschied, daß als Weltkämpfer eine Göttin erscheint. Die beiden männlichen Gottheiten, von denen gesprochen wird, spielen eine verhältnismäßig unwichtige Rolle.



Die Arbeitslosigkeit.

Die Mitgliederzahl der Krankenkassen kam in ihrem wechselnden Auf und Ab ein Hilfsmittel zur Beurteilung des ab- oder zunehmenden Umfangs der Arbeitslosigkeit sein. In Berlin hatte die Gesamtzahl der Mitglieder aller der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen, d. h. der Orts-, der Betriebs-, der Jnnungs- und Krankenkassen samt der Gemeinde-Krankenkassenversicherung, gegen Ende des Jahres 1912 die alljährlich um diese Zeit wiederkehrende starke Abwärtsbewegung durchgemacht, so daß sie von Anfang Dezember 1912 bis Anfang Januar 1913 von 804.110 plötzlich auf 807.762 fiel. Sie stieg dann langsam bis März auf 878.233, ermäßigte sich bis April auf 874.647, stieg wieder bis Mai auf 878.670 und sank erneut von da bis Juli um 20.084 auf nur noch 858.586 (immer am Monatsanfang). Auch das vorige Jahr hatte im Sommer einen Rückgang gebracht, aber von Mai 1912 bis Juli ermäßigte die Mitgliederzahl sich um nur 10.631, von 808.951 auf 858.420, nachdem sie von Januar (mit damals 835.356) bis Mai sich um 33.595 gesteigert hatte. In 1913 war die Mitgliederzahl zu Anfang Januar um 32.406 höher, Mai nur noch um 9719 höher, Juli gar nur noch um 166 höher als zu denselben Zeitpunkten in 1912. Alle diese Zahlen schließen die freiwillig weiterversicherenden Mitglieder in sich, deren Zahl ja bei zunehmender Arbeitslosigkeit zu steigen pflegt und sich z. B. im Juli dieses Jahres auf 88.705 (männlich 20.048, weiblich 48.657), im Juli vorigen Jahres erst auf 64.401 (männlich 18.834, weiblich 45.567) belief. Sondern man die freiwilligen Mitglieder aus, so bleiben als verpflichtete Mitglieder für Juli dieses Jahres 789.881 (nämlich 487.618, weiblich 302.263), für Juli vorigen Jahres noch 794.019 (männlich 491.634, weiblich 302.385). Anfang Juli war die Zahl der männlichen Mitglieder in diesem Jahre um 4816 niedriger als im vorigen, die der weiblichen um 178 höher als im vorigen Jahre. Bei den weiblichen Mitgliedern sind aber in der letzten Zeit die Schwankungen der Zahl bedeutender als bei den männlichen gewesen, und an der in den letzten Monaten beobachteten solchen Abwärtsbewegung ist das weibliche Geschlecht sehr stark beteiligt. Die verpflichteten männlichen Mitglieder mehrten sich von März bis Mai von 487.192 auf 494.655 und minderten sich von da bis Juli auf 487.618, dagegen minderten sich die verpflichteten weiblichen Mitglieder schon von März bis Mai von 326.488 auf 317.969 und von da bis Juli weiter auf nur noch 302.263. In dieser Verringerung der weiblichen Mitglieder ist die Bekleidungsindustrie allein mit 16.166 beteiligt. Von März bis Juli sank hier der Bestand verpflichteter Mitglieder weiblichen Geschlechts von 105.659 auf 89.493. Wieviel Sorge undummer, wieviel Entbehrung und Not birgt sich hinter diesen Zahlen!

Partei-Angelegenheiten.

Kreis Nieder-Warnim.

Sonntag, den 10. August, vormittags 10 Uhr, findet im Café Bellevue am Bahnhof Stralau-Kummelsburg eine Kreis-Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Der politische Massenstreik. Referentin: Genossin Rosa Luxemburg. 2. Diskussion. 3. Der Jenaer Parteitag. Referent: Genosse Emil Lehmann. 4. Eingegangene Anträge und Wahl der Delegierten. Verpflichtet zur Teilnahme sind außer den gewählten Delegierten die Mitglieder des Kreisvorstandes, die Reichs- und Landtagsabgeordneten des Kreises, der Beirat, ein Mitglied jeder Bezirksleitung und die Mitglieder des Gemeindevertreter-Ausschusses. Als Gäste werden die Parteigenossen gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches zugelassen. Der Kreisvorstand.

Wannsee. Sonnabend, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstendof“ (D. Adernann): Wahlvereinsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Schenkendorf bei Königsmusterhausen. Am Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr, bei Otto Poetsch: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: u. a. Bericht von der Verband-Generalversammlung Groß-Berlins, Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung, sowie Stellungnahme zum Parteitag, dazu gestellte Anträge, unser diesjähriges Sommerfest.

Kosenthal. Am Sonntag, den 10. August, veranstaltet der Wahlverein im Lokal von Gustav Kriehoff, Kronprinzstraße 15, ein Sommerfest in Form eines Volksfestes. Außer Konzert finden Kinderbelustigungen aller Art statt, für Damen Verlosung, für Herren Preiswettbewerbe. Mitglieder des Arbeiter-Turnvereins veranstalten turnerische Aufführungen. Um 9 Uhr: Kinder-Fadenzug bei bengalischer Beleuchtung des Gartens. Jedes Kind erhält eine Stadlaterne gratis. — Um recht rege Beteiligung wird gebeten.

Mühlendeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 10. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von A. Vörtsch: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Was wollen die Sozialdemokraten? Referent: Genosse J. Kühn-Neutöln. 2. Bericht aus der Gemeindevertretung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Mitglieder der Orte Schönfließ, Schönow und Blankenfelde sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Wie das Publikum durch die „vaterländischen“ Aktionen gerypft wird.

Draußen im Grunewald, wo einst noch das Groß-Berliner Publikum sich im stillen Walde von der Unruhe der Großstadt erholen konnte, ist bekanntlich mitten in der Rennbahn des Unionklubs das mit großem vatärländisch-byzantinischem Pomp eingeweihte Stadion entstanden. Eigentlich ist es ein Kulturwerk, jenes riesige Amphitheater, das 50.000 Personen Raum bietet und angeblich — wenn wir den Worten des früheren Agrarministers Bobbielski glauben können — dem ganzen Volke dienen sollte. Aber in Wirklichkeit ist es ein mit dem größten Raffinement ausgefülltes Werkzeug der Reaktion. Wer nämlich hier seinen Körper stärken will, muß politisch „studenrein“ sein. Alles, was irgendwie nur nach Sozialdemokratie riecht, bekommt die Tür vor der Nase zugeworfen. Bei doch Bobbielski selbst betont, daß hier eine Stätte geschaffen sei, wo die ganze deutsche vaterländische Jugend, treu zu Kaiser und Reich, ihren Idealen leben könnte.

Aber gleich hinter dieser Phrase heißt es: „Non olet“ — Geld riecht nicht. Für die 50.000 Eintrittskarten werden Preise erhoben, die die Masse einfach nicht bestreiten kann. Daher kommt es, daß das Stadion fast stets einen leeren Eindruck macht. Außerdem scheint die Arbeiterschaft aber auch einzusehen, daß sie wirklich zu schade dazu ist, hier lediglich als Surrapublikum sich einzufinden. Das „vaterländische“ Publikum ist also meist hüßlich unter sich. Und das ist gut so.

Die Jungdeutschlandbündler sind mit dieser Entwicklung natürlich unzufrieden. Mehr Volk! Mehr Volk! erönt der Ruf in allen bürgerlichen Zeitungen, damit der Surrapatriotismus in die große Masse kommt. Sportliche „Kanonen“ aus aller Herren Länder werden angekindigt, um zu locken und wenigstens die Indifferenten einzufangen. In allen Lokalen — leider auch in manchen Verkehrlotolen der Arbeiter — prangt der breitgespreizte, prahlerische Jungdeutschlandbündler auf den Plakaten und kindigt an, daß wieder einmal große, allergrößte Attraktionen des Sports und sensationelle Ueberraschungen zu sehen sein werden.

Da die Jungdeutschlandbündler es bei ihrer Reklame mit den „internationalen Kanonen“ manchmal mit der Wahrheit nicht genau nehmen und nicht nur das Publikum, sondern sogar die Presse mit direkten Unwahrheiten bedient wird, so könnte es — wenn es sich nicht um Jungdeutschlandbündler handeln würde — sonderbar erscheinen, daß die Behörde nicht gegen diesen Unfug einschreitet. Ein besonders drastischer Fall der „Unwahrhaftigkeit“ sei hier registriert.

Kürzlich fand ein „internationaler“ Wettkampf statt, wo Engländer, die kürzlich in London Berliner Sportler besiegt hatten, auftreten sollten, um nochmals gegen die unterlegenen Berliner zu kämpfen. Trotzdem bekannt war, daß die „Kanonen“ gar nicht erschienen waren, ließ man Publikum und Presse in dem entgegengesetzten Glauben. In der Presse wurde am nächsten Tage über die großen Siege der Berliner berichtet, bis sich herausstellte, daß hier eine ganz gewöhnliche Schwindelei vorlag und daß der minderwertige Läufer York statt des Siegers Gerringe gelaufen war. — Ebenso sollte der berühmte Latu Kolchemailen aus Helsingfors zugefagt haben, jetzt erlätzt aber der betreffende ausländische Klub eine öffentliche Erklärung, daß er ausdrücklich telegraphiert hat, daß Latu Kolchemailen nicht kommt.

Aus vorstehendem ist zu ersehen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um die große Masse des Publikums heranzuziehen. Um die Sensationslust zu befriedigen, scheut man selbst vor Unwahrheiten nicht zurück. Für die Arbeiterschaft sollte dies ein Grund mehr sein, dem Jungdeutschlandbund und seinen Vereinen jede Unterstützung zu versagen. Wer ein Freund des Sports ist und sich auf vernünftiger Grundlage aufgebaute Leibesübungen und Wettkämpfe ansehen will, wird auch in den Veranstaltungen seiner Klaffengenossen volle Befriedigung finden, die sich das Leitmotiv gestellt haben:

Dem Volke gilt's, Wenn wir zu spielen scheinen!

Australische Hammel in Berlin.

Unter dieser Spitzmarke verbreitete am Mittwoch die „Deutsche Fleischerzeitung“ folgende Notiz:

Die Fleischerinnung Wilmersdorf hat beschlossen, einen Versuch mit gestorenem australischen Hammelfleisch zu machen. Die gestrige Jnnungsversammlung hat den Vorstand beauftragt, mit einer Hamburger Firma in Unterhandlung zu treten und eventuell nach Bedarf der Jnnungsmittglieder Bestellungen zu machen. Man glaubt, das Pfund Hammelfleisch mit 70 Pf. an die Konsumenten abgeben zu können. Die städtische Fleischhalle zahlt für dasselbe Fleisch 72 Pf. im Einkauf und verkauft es mit 80 bezw. 85 Pf.

Für diejenigen, die aus dem Schlusatz der Notiz den richtigen Sinn zu lesen verstehen, ist der Grund des Vorgehens der Wilmersdorfer Fleischerinnung ganz klar:

Die Wilmersdorfer Schlächter beginnen jetzt systematisch den Kampf gegen die dortige städtische Fleischhalle. Nachdem ihnen infolge der städtischen Feuerungsmaßnahme zugleich mit ihrem Patriotismus auch alle Bestimmung abhanden gekommen war, erlert man Schilbbürgerstreiche der kuriossten Art. Man feierte aus Rache den Geburtstag des Kaisers ohne Kaiserbüste. (!) Nur echte Patrioten werden die Ungeheuerlichkeit dieser Maßnahme verstehen. Man nahm an dem Jubiläumsumrummel nicht teil und der pampige Schlächtermeister, der im Schmolwinkeln saß und dem Patriotismus den Teil des Rückens zeigte, der aufhört dessen anständigen Namen zu führen, war ein recht lustiges Bild. Auf der andern Seite schimpfte man in allen Otaven und Tonarten auf die „jämmerliche“ Fleischhalle, machte nach allen Regeln der Kunst das dort verkaufte Fleisch schlecht, prophezeite dem Magistrat ungeheure Defizits. Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ leistete darin das bestmögliche, indem sie vom Abdecker und Polizeibeamten fapelte, die völlig verdorbenes Fleisch beschlagnahmt hätten. Nun, die Fleischhalle gedieh prächtig, hatte keine Defizits, dafür aber Ueberschüsse, so daß man es wagen konnte, den Verkauf auch der Sommer hindurch aufrechtzuerhalten. Auf die Art ging's nicht, das sah der Obermeister Haller, die treibende Kraft bei den Stänkereien, ein. Wenn man die städtische Fleischhalle loswerden wollte, mußte man systematisch zu Werke gehen, und vor allem hieß es schlau sein, damit niemand merkte, daß die Geschäfte gegen die Fleischhalle gerichtet war. Man wird nun das Pfund australisches Hammelfleisch mit 70 Pf. abgeben, während die städtische Fleischhalle mit 72 Pf. ein- und 80 Pf. verkauft. Die Absicht ist klar: Man will die Fleischhalle durch Untertreiben tot machen und dann den Verkauf wieder einstellen. Doch die Sache ist zu ungeschickt eingedacht, als daß die Absicht in diesem Umfange erreicht werden könnte. Ebensovienig wie man die Fleischhalle vernichten konnte, indem man ihr alle guten Teile des russischen Fleisches wegkaufen wollte, ebensovienig wird es auf diesem Wege gelingen. Die Fleischer irren wesentlich, wenn sie vorgeben, billiger einzukaufen zu können als die Fleischhalle. Sie verkaufen höchstens, wenn sie wesentlich billiger verkaufen als die Fleischhalle, unter dem Einkaufspreis, d. h. mit Verlust. Das aber können sie nur tun in der Absicht, die Fleischhalle durch Untertreiben ruinieren zu wollen. Glücklicherweise verkauft die Fleischhalle ja nicht nur australische Hammel, sondern auch ausländisches (dänisches) Rind-, Schweine- und Kalbfleisch. So kann man also auch diesem Konfurrenzkrieg der Fleischer ruhig entgegensehen, wenn die Gefahr rechtzeitig erkannt wird und Maßnahmen zur Abwehr getroffen werden. Diese Aktion, die übrigens ihre finanzielle Unterstützung in Großschlächtereien haben soll, zeichnet deutlich die Stellung dieser Kreise in der Feuerungsfrage, mit der man gern glänzende Geschäfte machen möchte.

Schweres Bootsunglück auf dem Schwielowsee.

Der Schwielowsee, der während der Sommerferien das Ziel vieler Berliner ist, war gestern der Schauplatz eines tragischen Un-

falles, dem drei Berliner zum Opfer fielen. Der Oberlehrer Wassermann, dessen Sohn und der Lehrer Sommer stürzten bei einer Bootspartie ins Wasser und ertranken, während eine Berlinerin und vier mitfahrende Kinder gerettet wurden. Ueber das Unglück werden folgende Einzelheiten gemeldet: Der Oberlehrer Wassermann aus Berlin, der mit dem Lehrer Sommer in Ferch zur Erholung weilte, unternahm mit diesem und ihren beiden Söhnen eine Bootsfahrt auf dem Schwielowsee, der sich eine Berlinerin, Frau Fabian, und vier Schulfinder aus Berlin, darunter die Geschwister Kurt und Grete Hartwig, anschlossen. Gegen 11 Uhr, als sich das Boot zwischen Mittelbusch und Wegow, ungefähr auf der Höhe der Biegelei Lednig, befand, kenterte das Boot infolge der böigen Winde und des starken Wellenganges und alle acht Insassen stürzten ins Wasser. Auf die gestenden Hilferufe der mit den Wellen kämpfenden eilten Ruderer an die Unglücksstätte. Ehe sie jedoch dort eintrafen, waren Wassermann und Sommer mit dem jungen Wassermann schon untergegangen und ertrunken. Dagegen gelang es, den Sohn des Lehrers Sommer und die beiden Kinder Kurt und Grete Hartwig in das Boot zu ziehen, während Frau Fabian mit ihrem Kinde das nicht sehr weit entfernte Ufer schwimmend erreichte. Die Leiche des Oberlehrers Wassermann wurde kurz nach dem Unfall bei der Biegelei Lednig ans Land getrieben und von dort nach Ferch übergeführt. Die Suche nach den beiden anderen Verunglückten blieb bisher erfolglos.

Der letzte Zwangserziehungszögling Berlins ist erst kürzlich aus der Fürsorge der Stadt ausgeschieden. Als im April 1901 das Fürsorgeerziehungsgesetz in Kraft trat, das eine Verbesserung des alten Zwangserziehungsgesetzes feil sollte, hatte Berlin einen beträchtlichen Bestand an Zwangserziehungszöglingen. Sie wurden mit zur Fürsorgeerziehung überwiesen, und ihre Zahl minderte sich dann im Laufe der Jahre nach Maßgabe der nach und nach erfolgenden Entlassungen. Bei Ablauf des ersten Jahres waren aber immer noch 369 Zwangserziehungszöglinge vorhanden, dagegen hatte nach weiteren fünf Jahren bis 31. März 1911 ihre Zahl sich auf 51 verringert. Bis Ende März 1912 verminderten die Zwangserziehungszöglinge sich weiter bis auf 6, Ende März 1913 waren es noch 4, und Ende Mai blieb nur noch einer übrig. Inzwischen ist auch dieser letzte ausgeschieden, so daß die Stadt Berlin jetzt keinen Zwangserziehungszögling mehr hat. Die Zahl der Fürsorgezöglinge Berlins beläuft sich gegenwärtig auf fast 4000, wenn die widerruflich entlassenen noch mitgezählt werden.

Eine wichtige Verbesserung des Neuköllner Verkehrsweffens

wird demnächst ins Leben treten. Durch das Polizeipräsidentium zu Berlin ist nunmehr die Verlängerung der Autoomnibuslinie 11 vom Hermannplatz zu Neukölln durch die Kaiser-Friedrich-Straße bis zur Augengruherstraße genehmigt worden. Der Kraftomnibus verbindet jetzt Roabit mit dem Ende von Neukölln, was besonders von den Bewohnern Neuköllns begrüßt wird. Die Inbetriebnahme der Strecke ist in Kürze zu erwarten.

Betriebsstörung auf der Stadtbahn. Gestern früh gab es auf der Stadtbahn eine halbständige Betriebsstörung, die durch einen Schienenbruch zwischen den Bahnhöfen Bellevue und Tiergarten verursacht wurde. Von den fahrplanmäßigen Zügen mußten einige ausfallen, die übrigen wurden zum Teil über die Ferngleise geleitet. Die schadhafte Stelle an der Schiene wurde ausgebessert. Woburd der Schienenbruch herbeigeführt wurde, steht noch nicht fest.

Straßenbahnunfall. Vor dem Hause Dronheimer Str. 21 geriet gestern nachmittags der neunjährige Bruno Hirte beim Spielen in einen in der Richtung nach dem Kreuzberg fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 36. Der Knabe fiel unter den Vorderperren und wurde mit einem Arm unter den Schutrahmen geklemmt. Der Schalter erlitt Bluterguß im rechten Ellenbogen und Hautabschürfungen an beiden Armen, am linken Arm und rechten Fußrücken. Der Verunglückte wurde nach der nahen elterlichen Wohnung gebracht und erhielt dort von einem hinzugerufenen Arzt die erforderliche Hilfe.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei dem eine Frau erheblich verletzt wurde, ereignete sich gestern gegen 10 Uhr vormittags in Lichtenberg. An der Ecke der Frankfurter Chaussee und der Hubertusstraße entgleiste in der Kurve der Reitwagen eines Zuges der Linie 69 und stieß gegen den aus entgegengekehrter Richtung kommenden Motorwagen 153 der Linie 68. Der Anprall war so heftig, daß an den beiden Bahnwagen des Personals stark beschädigt wurden. Eine auf dem Vorderperren des Reitwagens der Linie 69 stehende Frau B o b e l aus der Frankfurter Chaussee wurde zu Boden geschleudert und erlitt eine Beckenquetschung und starke Unterleibsblutung. Die Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste ärztliche Hilfe und wurde auf ihren Wunsch nach der Wohnung gebracht.

Som eigenen Wagen überfahren und tödlich verletzt worden ist gestern in Wargahn der Ruscher August Bayer. Als er einen hoch mit Getreide beladenen Wagen nach Hause fahren wollte, rutschte er von seinem Sige auf der Ladung aus und stürzte kopfaber herab. Er fiel vor den Wagen, dessen Vorderräder über ihn hinweggingen. Er erlitt so schwere äußere und innere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Aufnahme in das Krankenhaus Friedrichshagen verstarb.

Große Aufregung rief gestern ein Handtaschendiebstahl und die Verhaftung des Täters aus dem Hamburg-Lebener Güterbahnhof hervor. Die Frau eines Wäckermeisters G. aus Wilmersdorf wollte im Borsum der Güterhinterlegungsstelle einen Schein ausfüllen, als sich ein junger Mann an sie herannahte, der ein Gespräch mit ihr anknüpfte und sich erbot, ihr Auskunft zu geben. Die Frau ging auf sein freundliches Entgegenkommen ein und wollte, nachdem sie den Schein ausgefüllt hatte, diesen auf Geheiß ihres Vaters einem Beamten zeigen, bevor sie damit zur Kasse ging. Während sie zu dem nur wenige Schritte entfernt stehenden Beamten ging, ließ sie ihre Handtasche, die 532 M. enthielt, auf dem Schreibtisch liegen. Damit hatte der junge Mann gerechnet. Er nahm die Tasche an sich und stüchtete damit auf die Straße. Die Frau nahm den Diebstahl jedoch noch rechtzeitig wahr, schlug Alarm und jetzt machte sich mehrere Leute an die Verfolgung des Handtaschendiebes. Diesen gelang es auch bald, den Flüchtenden zu stellen. Die Handtasche mit dem Gelde wurde ihm abgenommen und er der Polizei übergeben. Diese stellte fest, daß es sich um einen 23 Jahre alten Bureauvorsteher Sch. aus der Innalbenstraße handelt. Der Verhaftete gab an, daß er die Tat aus bitterer Not begangen habe. Er habe schon seit längerer Zeit keine Stellung mehr und sei völlig mittellos.

Aus dem Urkathafen gelandet wurde gestern die Leiche des 63 Jahre alten Arbeiters Otto Br. aus der Alexandrinenstraße. Der alte Mann war schon seit Jahren leidend und konnte deshalb auch keine Arbeit finden. Sein Zustand trieb ihn zur Verzweiflung. Vor acht Tagen entfernte er sich von seiner Wirtin, bei der er in Schlafstille wohnte, und lehrte nicht wieder zurück. Er hatte seine Neugier, daß er seinem Leben freiwillig ein Ende machen werde, wahrgemacht, indem er ins Wasser gegangen war.

Feuer in einer Parfümeriefabrik. Gestern nacht wurde die Feuerwehre nach der Schanhauser Allee 6/7 gerufen, wo in der Parfümeriefabrik von Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Feuer ausgebrochen war.

Der Brand hatte seinen Herd in der Garderobe und war auf einige Fabrik- und Vorratsräume übergesprungen. Die Feuerwehr griff mit zwei Schlauchleitungen ein und die Röhrenführer drangen teils von der Treppe aus, teils von einer mechanischen Leiter gegen das Feuer vor. Nach halbstündigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt. Immerhin ist der Brandschaden ganz beträchtlich. Eine Betriebsstörung tritt bei der Firma aber nicht ein.

**Feuer im Noobiter Schützenhaus.** Gestern abend 8 1/4 Uhr kam auf dem Grundstück des Noobiter Schützenhauses am Nordufer in Pläthensee ein größerer Brand zum Ausbruch. Die Flammen erfassten die Kaffeeküche und drei angrenzende einstöckige Holzbauten. Die Berliner Feuerwehr wurde von zwei Seiten um Hilfe angegangen und entsandte die Jüge 21 und 23 zur Brandstelle. Von der Charlottenburger Feuerwehr traf fast gleichzeitig der Löschzug aus der Hauptfeuerwache ein. Während die Berliner Wehr mit einem Rohr Wasser gab, arbeitete die Charlottenburger Wehr mit zwei Schlauchleitungen. Die Brandstelle war bald von einer großen Menschenmenge umlagert. Das eigentliche Schützenhaus wurde durch das Feuer nicht gefährdet, da es vom Brandherd ein ganzes Stück entfernt lag. Nach halbstündiger Löschfähigkeit war der Brand gelöscht. Die Ursache des Feuers ist zwar nicht mit Bestimmtheit ermittelt, doch vermutet man allgemein Brandstiftung. — Außerdem hatte die Berliner Feuerwehr gestern abend in der Feinsing Allee 81/82 einen größeren Dachstuhlbrand zu bewältigen. Das Feuer griff die Dachstuhldecke des linken Seitenschüßels und Quergebäudes auf dem zweiten Stock zu einem erheblichen Teil. Erst nach dreistündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

### Ehedrama in einer Laubkolonie.

Eine blutige Tragödie hat sich gestern abend in der Laubkolonie an der Finnländischen Straße abgespielt. Nach einem Mordversuch auf ihren Ehemann tötete sich die 27jährige Gertrud Zimmermann, Raumerstr. 33 wohnhaft. Das Zimmermannsche Ehepaar hatte in der Kolonie an der Finnländischen Straße eine Laube gepachtet und pflegte dort jeden Abend zu weilen. In letzter Zeit kam es zwischen den beiden Eheleuten wiederholt zu Meinereien, die angeblich auf Verschulden des Mannes zurückzuführen sind. Frau Z. hatte in Erfahrung gebracht, daß ihr Mann in letzter Zeit etwas leichtsinnig geworden sei. Gestern abend löste es in der Laube zu einem blutigen Auftritt kommen. Beim Eintreffen ihres Mannes stellte Frau Z. diesen zur Rede. Es kam zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf Frau Zimmermann plötzlich einen scharf geladenen Revolver unter der Schürze hervorholte und auf ihren Ehemann einen Schuß abfeuerte. In dem Glauben, sie habe ihren Lebensgefährten erschossen, richtete die junge Frau nun die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Blutüberströmt brach sie zusammen. Das Geschick hatte fast auf der Stelle tödlich gewirkt. Ein aus der Nachbarschaft hinzugerufener Arzt vermochte bei der Lebensmühen nur noch den Tod festzustellen. Wie sich herausstellte, war der Ehemann von der ihm zugelegten Kugel gar nicht getroffen worden. Er war in dem Augenblick, als die Frau die Waffe gegen ihn abfeuerte, nämlich zur Seite gesprungen und hatte sich dadurch vor dem Tode bewahrt. Die Leiche der erschossenen Frau Z. wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

### Durch den Fahrstuhlschacht gingen Einbrecher.

die in der Nacht zu gestern der Neufilberwarenfabrik von V. Münch, meher in der Wrangelstr. 4 einen Besuch abstatteten. Nachdem sich die Diebe mit einem Nachschlüssel Eingang in das Haus verschafft hatten, kletterten sie im Fahrstuhlschacht an dem Seil hoch, verbogen die eiserne Tür zu den im ersten Stockwerk liegenden Geschäfts- und Logerräumen der Firma Münchmeyer und schlüpften durch die so erzielte Oeffnung. Um zu der Expedition, wo die großen Vorräte an neusilbernen Sachen, wie Feuerzeuge, Pigarettenetuis usw. lagern, zu gelangen, mußten sie noch eine Tür bewältigen. Sie taten dies, indem sie die Füllung heraus schnitten. Sodann erbrachen sie alle Schränke sowie im Kontor die Kiste und stahlen insgesamt für über 1200 M. Waren aller Art.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Sechswagen ereignete sich gestern in früher Morgenstunden in der Landsberger Allee. Vor dem Grundstück Nr. 51 stieß ein Droschkenautomobil, das aus der nördlichen Richtung kam, und in dem ein junges Paar saß, mit solcher Gewalt mit einem entgegenkommenden Schlachterwagen zusammen, daß die beiden Insassen im Wagen aus dem Kraftwagen geschleudert wurden und benimmungslos auf dem Fahrbahn liegen blieben. Man brachte beide nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo schwere innere Verletzungen sowie Quetschungen bei den Verunglückten konstatiert wurden.

Wer ist die Tote? Am 4. August, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, wurde im Stadtschleusenkanal, vor dem Hause An der Schleuse 10, die Leiche einer etwa 40 Jahre alten unbekanntem Frauenperson gefunden, deren Identität bisher nicht festgestellt werden konnte. Die Leiche befindet sich im Leichenschauhaus. Nach einem bei der Leiche vorgefundenen Pötel handelt es sich um eine Emma Lange. Die Leiche war bekleidet mit graugestreiftem Mantel, blauem Kostümrock, rotem Unterrock, schwarzen Strümpfen, Beinleibern aus Baruch und schwarzen Schürzen. In der Kleidertasche befand sich ein Portemonnaie mit 9,83 M. Inhalt sowie ein Fingerhut und zwei Schlüssel. Nachrichten erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 349 III, zu den Adressen 2825, IV, 29, 13. Auch nimmt jedes Polizeiviertel Nachricht entgegen.

**Vermißte Lehrlinge.** Seit dem 2. August ist der 17jährige Schneiderlehrling Artur Wiernacki aus Wilmersdorf spurlos verschwunden. Er hatte am Nachmittag des letzten Sonnabends die Wohnung seines Meisters verlassen, um eine Besorgung auszuführen, lehrte aber von diesem Ausgange nicht zurück. Alle polizeilichen und privaten Nachforschungen sind bisher vergeblich geblieben. Ein Selbstmord scheint ausgeschlossen. Die Eltern nehmen an, daß der Vermißte verunglückt oder irgendwo verborgen gehalten wird. Artur Wiernacki ist etwa 1,60 Meter groß, von kräftiger Gestalt; er war mit braunem Jacketanzug, grauen Strümpfen und schwarzen Lustfeln bekleidet. — Seit dem 4. d. M. wird der 14 1/2jährige Lehrling Franz Leher aus der Wilhelmstraße 100 in Wilmersdorf vermißt. Er hatte am genannten Tage seine Eltern besucht, die er gegen 8 Uhr abends verließ, um seine Bekleidung aufzusuchen. Dort ist er aber nicht eingetroffen und trotz eifrigster Nachforschungen hat man bisher von dem Knaben keine Spur entdecken können. Es wird vermutet, daß der Lehrling verschleppt worden ist. Der Verwundene ist 1,60 Meter groß, er trug einen dunkelbraunen Jacketanzug, schwarze Strümpfe, schwarze Schürzen und grünen Hut.

**Beim Sommerfest des Turnvereins „Fichte“** ist eine Damenuhr verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe im Sportschauhaus Richard Hausen, Köpenicker Str. 108, abzugeben.

**Freie Schalterstränge auf der Treptow-Sternwarte.** Die Direktion der Treptow-Sternwarte hat bestimmt, daß auch fernerhin bis Ende der Schulkferien jeder Erwachsene das Recht hat, zu den Vorträgen um 5 und um 7 Uhr ein Kind unter 14 Jahren frei einzuführen. — Es finden folgende kinematographische Vorführungen statt: Am Sonnabend, den 9. August, abends 7 Uhr über: „Interessante Bilder aus Italien“, abends 9 Uhr: „Aus fernen Ländern“; am Sonntag, den 10. August, nachmittags 5 Uhr: „Christoph Columbus“, abends 7 Uhr: „Das Berner Oberland“; am Montag, den 11. August, abends 7 Uhr: „Natur und Leben in norddeutschen Gauen“; abends 9 Uhr spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold im Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte über „Sternschnuppen“ unter Vorführung zahlreicher Licht- und Drehbilder. Gäste sind willkommen. — Mit dem großen Fernrohr wird von 1/2 Uhr an der Mond und später der Jupiter beobachtet.

**Jungen gesucht.** Der Chauffeur der am Sonntag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, einen verunglückten Mann von Saatholm nach dem Virchow-Krankenhaus gefahren hat, wird gebeten, seine Adresse an Schäfer, Bogtstr. 7/8, gelangen zu lassen. Desgleichen wird der Chauffeur um Angabe seiner Adresse ersucht, der den Verletzten damals gegen 1/2 Uhr vom Virchow-Krankenhaus nach Bogtstr. 7/8 gefahren hat.

## Vorort-Nachrichten.

### Treptow-Baumschulweg.

Mit dem Jenseer Parteitag unter besonderer Berücksichtigung des politischen Massenstreiks befahte sich am letzten Dienstag die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Referent war Genosse Hagen-Friedenau. Die wesentlichsten Gesichtspunkte des einständigen Vortrags waren ungefähr folgende: Wenn die Mitgliederentwicklung der Gesamtpartei im verflochtenen Geschäftsjahre nicht befriedigend, so liegt dies mit daran, daß die führenden Genossen in bezug auf die Kleinarbeit ihre Pflicht nicht immer erfüllen. Es sei deshalb kein Wunder, wenn die Genossen, welche den ganzen Tag schwer arbeiten mühten, nicht in der gewünschten Weise zur Kleinarbeit heranzugehen seien. Die Parteiführung hätte bei den jetzt herrschenden Strömungen ebenfalls auf die Tagesordnung des Parteitagbeschlusses gesehen; ebenso die Reichsversicherungsordnung, da bekanntlich in der Rechtsprechung unserer Sozialgesetzgebung in nächster Zeit tief einschneidende Änderungen zu erwarten seien. Die Tätigkeit unserer Fraktion im Reichstage sei anerkennen. Die aufstrebende Mitarbeit in den Kommissionen jedoch könnten die Abgeordneten sich sparen, denn im Plenum werde doch jede erlässliche Verbesserung wieder getrieben, was die Beratung der Militärvorlage zur Genüge bewiesen habe. In der Steuerfrage sei die Haltung der Fraktion auf das schärfste zu verurteilen. Durch die Zustimmung zur Vermögenszuwachssteuer und zum Wehrbeitrag habe sie die Mittel bewilligt zu der größten aller Militärvorlagen. Die Weiserte müsse hochgehalten und der Räteberger Beschluß, wonach Partei- und Gewerkschaftsangehörige ihren Tagesverdienst an den Reichsfonds abzuführen hätten, wieder sanktioniert werden. Zur Propagierung des Massenstreiks hält Redner die gegenwärtige Zeit für die denkbar ungünstigste, da die große Masse davon nichts wissen wolle. Die Schuld treffe zum großen Teil die Gewerkschaften, denn diese ließen es an der nötigen Aufklärung fehlen. Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung: die Genossen mögen dafür sorgen, daß wieder die radikale revolutionäre Politik getrieben werde, dann werde auch das Vertrauen zur Partei wieder wachsen; auch sei darauf zu achten, daß nur solche Genossen auf den Parteitag delegiert werden, welche an der alten Taktik festhalten.

Genosse Hagen ist über die Ausführungen des Referenten in der Frage des Massenstreiks überrascht, denn er habe das direkte Gegenteil von dem gesagt, was seit Wochen in der Presse und in Versammlungen gefordert worden sei. Der Kampf um ein besseres Wahlrecht sei wohl ein Massenstreik wert. In der Steuerfrage stimme er dem Referenten zu; bezeichnend sei es allerdings, daß einzelne Mitglieder der Fraktion sich in aller Öffentlichkeit in Versammlungen bekämpften, wie dies in Halle und Dresden geschehen sei; dadurch würde unter den Genossen eine Stimmung erzeugt, die der Partei höchst nachteilig sei.

Lücke begrüßt es, daß die Gewerkschaftsbeamten einen solchen Standpunkt einnehmen und meinte, wenn alle Gewerkschaftsführer so reden würden, dann stände es um die Frage des Massenstreiks besser.

Freigang hätte erwartet, daß nach Annahme der Militärvorlage die Fraktion eine Massenaktion eingeleitet und dem Volke die gewaltige Belastung vor Augen geführt hätte. Die in der Partei eingetretene Laubheit moche sich auch in den Gewerkschaften bemerkbar. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die Führer den Wünschen der Masse keine Rechnung mehr tragen, was auch die Arbeitslosenversammlung der Holzarbeiter kürzlich bewiesen habe. — Ein Antrag an den Parteitag, der verlangt, daß die jungen Leute, welche zum Heere einberufen werden, durch die Presse auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam gemacht und die Entlassenen auf die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen werden, fand Annahme. Als Kandidat für die Parteitagdelegation wurde Genosse Hagen vorgeschlagen.

Unter Vereinsangelegenheiten wurden die Namen derjenigen Genossen bekannt gegeben, die bei der Landtagswahl ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Einigen Genossen wurde eine Klage erteilt, während gegen die Genossen Grünig, und Wenzel-Treptow und Schumachermeister Schatz, und Gajewitz Finger-Baumschulweg der Ausschluß aus dem Wahlverein beschlossen wurde.

### Reutshän.

**Ferienspiele.** Am Sonnabend, den 9. August, findet im „Kartengarten“ ein Schlußfest statt, mit dem die diesjährigen Ferienspiele beendet werden. An Unterhaltung wird geboten: Konzert, Kinderreigen, Deklamationen usw. Der Abmarsch der Kinder erfolgt um 1 Uhr mittags von den bekannten Sammelstellen aus. Eltern und Freunde der Ferienspiele werden freundlich eingeladen. Eintritt 5 Pf., sind bei den Spielleiterinnen und Helferinnen zu haben.

### Friedenau.

Am Sonnabend, den 9. d. M., findet im Birkenwäldchen zu Steglitz, Schützenstraße, die Endfeier der Ferienkolonie statt. Der Abmarsch der Kinder erfolgt mittags 2 Uhr von den bestimmten Stellen aus. Eltern sowie Freunde werden hierzu eingeladen.

### Ober-Schöneweide.

**Der Bildungs- und Jugendausschuß** hatte den Vertrieb der Eintrittskarten für die Treptow-Sternwarte zu ermäßigten Preisen übernommen. Um nun zunächst einmal den Kindern Gelegenheit zu geben, die Treptow-Sternwarte zu besichtigen und auch eine Kinovorstellung im selben Institut zu besuchen, werden die Eltern ersucht, ihre Kinder am Sonnabendabend 1/2 Uhr nach dem Treffpunkt vor dem Hause Siemensstr. 8 zu schicken. Mitzubringen ist ein kleiner Ambly und 35 Pf. Die Kinder sind um 1/2 Uhr wieder zu Haus. Die Beteiligung von Jugendlichen und Erwachsenen ist gleichfalls erwünscht. Der Abmarsch erfolgt pünktlich 5 Uhr. Nähere Auskunft gibt der Leiter Burgschaf, Siemensstr. 8.

### Lichterfelde.

**Todessturz mit dem Motorrad.** Ein Unfall mit tödlichem Ausgang hat sich vorgestern in Lichterfelde zugetragen. Der Bauunternehmer Gustav Benz aus der Buckerstraße zu Steglitz war auf seinem Motorrad von Steglitz nach Lichterfelde gefahren. Als er vom Bahnhofsweg nach der Wardschützenerstraße fuhr und an dieser vorbeifuhr, fuhr ein Gardehahn auf seinem Zweirad in das Kasernenportal hinein. Benz fiel mit dem Radfahrer so kräftig zusammen, daß er mit dem Motorrad auf Boden geschleudert wurde. Er schlug mit dem Kopf gegen die Vordschwelle und war auf der Stelle tot.

### Eichwalde.

**Freunde des Radfahrersports** werden auf das am Sonntag, den 10. d. M., in Wittos Waldschloßchen stattfindende Sommerfest des Radfahrervereins „Vorwärts“, Eichwalde, aufmerksam gemacht. Für Unterhaltung ist im reichsten Maße gesorgt. U. a.: Korso- und Reigenfahrt, Preislegeln, Kinderbelustigungen im Wald. Die Korsofahrt beginnt nachmittags 3 1/2 Uhr.

### Hohen-Schönhausen.

Ein Sportsfest veranstalten am Sonntag, den 10. August, im Waldhaus am Dranseer die hiesigen Arbeiter-Sportvereine. Da die Vereine sich bei Parteifestlichkeiten stets bereitwillig zur Verfügung stellen, ist eine rege Unternehmung deshalb durch die Arbeiter-Schaft erwünscht.

### Kallberge-Rüderdorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst kam der Antrag betr. Beteiligung an der Vereinigung Gaswerk Niederbarnim-Ost zur Beratung. Nach kurzer Debatte wurde die Beteiligung an dem Unternehmen mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen. Die Stammeinlage beträgt 40 000 M. Ueber einige etwas unklare Punkte des Gesellschaftsvertrages soll der Kreis noch nähere Erläuterungen geben. — Die Gemeinden Rüderdorf und Lisdorf beteiligen sich ebenfalls an dem Unternehmen. Die Stammeinlage ist überall die gleiche. Die Entscheidungen der Gemeindevertretungen von Kleinmachnow und Woltersdorf in dieser Angelegenheit stehen noch aus. — Schöffel Koepfich gab noch davon Kenntnis, daß die Benzolmotorwagen jetzt vom Gemeindevorstand der Deutzer Maschinenfabrik wieder zur Verfügung gestellt worden seien. Den Grund zu diesem Schritt gaben die fortwährenden Betriebsstörungen, die schon enorme Verluste verursachten. Alsdann soll die Straßenbahn elektrischen Betrieb erhalten.

### Jugendveranstaltungen.

**Reutshän.** Sonntag, den 10. August, 1. Nachtmarschfahrt nach der Märktischen Schweiz. Reutshän—Sargitz (Nachlagelager)—Buzom—Dahme—Rückberg. Abfahrt Sonnabend abend 8 30 Uhr, vom Schleifchen Bahnhof (Eingang S. d. Spreetunnelbahn). Fahrloß ins. Schloß und Kasse 2 M. Nachzügler fahren Sonntag früh 5,30 Uhr vom Schleifchen Bahnhof bis Dahme—Rückberg. 2. Nachmittags- Wanderung nach Verbecht. Abfahrt 2 1/2. Reutshän 1,08 Uhr bis Verbecht. Fahrloß 30 Pf. Sonntag, den 17. August, Wasserausflug nach Müggelschloßchen.

**Nieder-Schönhausen-Nordend.** Sonntag, den 10. August, Spielpartie nach Hermannsdorf-Glennide. Treffpunkt früh 8 Uhr, am Rathplatz. Nachmittags 3 Uhr Raskelegen im Lokal zum Kranzringen, Kaiser-Wilhelm-Straße. Zahlreiche Beteiligung der Eltern mit Kindern wird erwartet.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Bohnsdorf.** Heute Freitag, den 8. August, nachmittags 5 Uhr, im Lokal zum Schulte.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Bootskatastrophe in Swinemünde.

Ein furchtbares Unglück, bei dem eine Anzahl Personen das Leben einbüßte, ereignete sich gestern nachmittags auf der Ostsee bei Swinemünde. Von einer plötzlich einsetzenden Woge wurde das Motorjagelboot „Friedrich Karl“ zum Kentern gebracht. Von den 22 Bootsinassen konnten nur fünf gerettet werden. 17 Personen ertranken. Das Unglück wurde von dem zahlreichen Publikum, das dem Konzert der Kapelle der Kaiserjacht „Hohenjollern“ am Strande lauschte, bemerkt. Es entstand eine furchtbare Aufregung unter den Aurgästen. Das Konzert wurde sofort abgebrochen und alles eilte zum Strande. Sofort gingen Rettungsboote nach der Unglücksstätte ab. Die Hilfe kam jedoch zum größten Teil zu spät. Kurze Zeit vor dem Unglück war der Kaiser im Automobil von Swinemünde nach Ahlbeck abgefahren.

Von den Ertrunkenen sind sechs Berliner, und zwar Justizrat Landgerichtsrat Franke, der Kaufmann Goldemann samt Sohn, der Referendar ist, Kaufmann Brann samt Sohn, der letztere ebenfalls Referendar, und der zwölfjährige Sohn des Justizrats Franke.

Außerdem werden noch vermißt und sind wahrscheinlich ebenfalls ertrunken: Student Willi Saack aus Berlin, Student Blati aus Krakau, der Fischer Bauer sen., Goldschmied Albert Porree aus Spandau, Frau Hedwig Kamprath aus Sachsen-Altenburg und sechs weitere Personen, deren Namen noch nicht feststehen.

Zu dem Bootsunglück wird weiter gemeldet: Das gekenterte Boot gehörte dem Bootsbauer Bauer, der ebenfalls ertrunken ist, während sein Sohn gerettet wurde, daß Unglück geschah zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags einige Kilometer von der Seebrücke entfernt, die Anmaßen über die Zahl der Toten schwanken noch.

### Ein Berliner Hochstapler in Frankreich verurteilt.

Von dem Schwurgericht in Nancy wurde gestern der aus Berlin stammende Walter Hermann, der unter dem Namen eines Dr. Kraus hier ärztliche Praxis ausübte, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Hermann hatte seine Villa in Brund gefürst, um die Versicherungssumme zu erhalten. Wie aus der Verhandlung hervorging, hat Hermann ein ziemlich bewegtes Leben hinter sich. Er hatte in Berlin eine Fortschule besucht, war jedoch entlassen worden und darauf in ein Bankgeschäft eingetreten. Nachdem er hier wegen Unterschlagungen entlassen worden war, wurde er Kaufmann und wurde wegen Betrugsereignis und Fälschungen gerichtlich verurteilt. Infolgedessen flüchtete er nach England und ließ dabei seine Frau in München im Stich. In London gab er sich als Kunsthändler, aber auch als russischer Arzt aus. Hier ging er eine neue Ehe ein, brachte die Wittib seiner Frau durch und wurde zu Zwangsarbeit verurteilt. Als Arbeiter begab er sich sodann nach Amerika und wurde schließlich Arzt in den Vereinigten Staaten auf Grund eines in San Francisco gekauften Diploms. In Amerika schloß er seine dritte Ehe und verließ dann wiederum mit dem Gelde seiner Frau. Er ging nach Ägypten und kam von dort dann nach Nancy. Hier erzielte ihn nun von neuem sein Schicksal.

### Keine Notizen.

**Obster des Bergsports.** Von der Südwand der Kleinen Rinne in den Dolomiten ist am Dienstag, wie jetzt erst gemeldet wird, der Arzt Theodor Gusche aus Rostock aus 400 Meter Höhe abgestürzt. Die scharf verformte Leiche ist von Bergführern geborgen worden.

**Eine Familie ertrunken.** Als das Ehepaar Sticker mit seiner vierjährigen Tochter am Donnerstag am Einsiedlerdeich in Hamburg über den Steg zu seinem Wohn gehen wollte, geriet der Steg ins Ausweichen. Alle drei Personen fielen ins Wasser und konnten wegen der tobenden Strömung nicht gerettet werden.

**Furchtbar verbrannt.** Ein furchtbares Unglück hat sich am Mittwoch in einer Fabrik in Silbano ereignet. Als Arbeiter mit Schmelzen von Stahl beschäftigt waren, fiel plötzlich ein Gefäß mit geschmolzenem Stahl um, und die flüssige Schmelze ergoß sich über die Arbeiter. Einige Arbeiter — die genaue Zahl steht noch nicht fest — konnten nur als Leichen von der Masse befreit werden. Zwei Arbeiter liegen schwer verbrannt daneben, während eine größere Anzahl leicht verletzt wurde.

Einem Telegramm aus London zufolge ist Oberst Coby vom englischen Militärflugwesen, der am Donnerstag früh mit Passagier bei Alderhot auf einem Flugzeug aufgestiegen war, aus einer Höhe von 200 Metern abgestürzt. Coby und sein Passagier waren auf der Stelle tot. Coby war einer der populärsten englischen Piloten und Flugzeugkonstrukteure.

**Hochwasser in Ungarn.** Das Hochwasser der über die Ufer getretenen Flüsse überflutete zahlreiche Ortschaften in Abouzer Komitate. Zahlreiche Häuser kürzeln ein. Es sind mehrere Menschenopfer zu beklagen. Bahndämme und Brücken wurden fortgeschwemmt. Auch im ungarischen Komitate sind die Flüsse über die Ufer getreten, sie haben ungeheuren Schaden angerichtet.